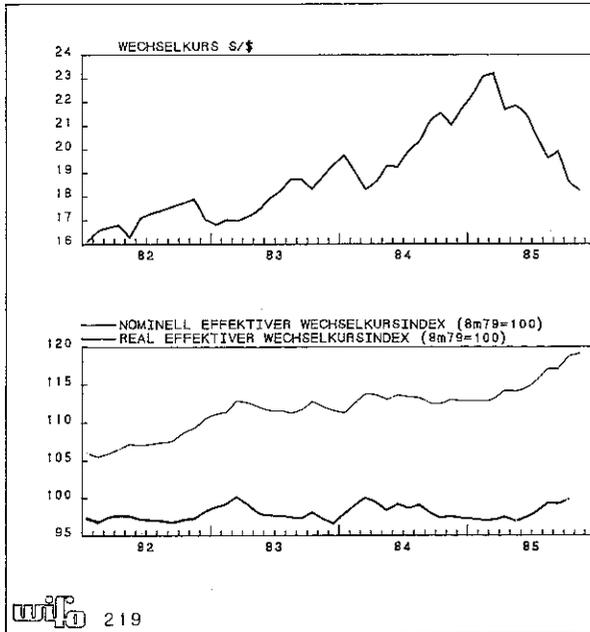


Wechselkurse



Durchschnitt der Monate Juli bis November errechnet sich dagegen eine Dollarabwertung um 6,9%. Diese Drehung wird im nominell-effektiven Wechselkursindex deutlich sichtbar. Im I. Quartal betrug die Schillingaufwertung nur 0,4% und im II. Quartal 0,8%, im III Quartal hingegen beschleunigte sie sich auf 3,1%. Für Oktober beträgt der Aufwertungssatz bereits 5,5%. Außer vom Dollar wird der Wertgewinn des Schillings vom jugoslawischen Dinar, der italienischen Lira und dem japanischen Yen getragen. Real-effektiv bedeutet dies für das III. Quartal erstmals in diesem Jahr eine Aufwertung (+0,4%), nachdem sich für die ersten sechs Monate eine real-effektive Abwertung um 1,9% errechnet. Gleichzeitig hat die am Verbraucherpreisindex gemessene gewogene Inflationsdifferenz gegenüber unseren Handelspartnern auf 2,9 Prozentpunkte zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 1984 hatte dieser Wert nur 0,5 Prozentpunkte betragen.

Anhaltende Kapitalabflüsse

Die Zahlungsbilanzkonstellation wird weiterhin von einer Reihe besonderer Einflüsse dominiert. In der Leistungsbilanz konnte bis September kumuliert ein Überschuß von 6,1 Mrd. S verzeichnet werden. Davon entfallen 4,9 Mrd S auf das III. Quartal. Das bedeutet zwar in diesem Zeitraum ein um 3,3 Mrd. S besseres Ergebnis als im Vorjahr, saisonbereinigt entspricht dies aber einem Defizit von 0,8 Mrd S. Für die ersten neun Monate des Jahres 1985 ergibt sich in saisonbereinigter Berechnung ein Fehlbetrag von rund 0,9 Mrd. S

Zahlungsbilanz¹⁾

	1983	1984 Jänner bis Oktober	1985
	Mill S		
Handelsbilanz ²⁾	-52.336	-63.787	-56.248
Dienstleistungsbilanz	+35.865	+41.036	+40.988
davon Reiseverkehr	+37.308	+42.068	+41.145
Kapitalerträge	-4.247	-5.501	-4.514
Handels- und Dienstleistungsbilanz	-16.471	-22.751	-15.260
Nicht in Waren oder Dienste unterteilbare Leistungen	+24.332	+19.386	+19.528
Bilanz der Transferleistungen	+514	+694	-185
Leistungsbilanz	+8.375	-2.671	+4.083
Langfristiger Kapitalverkehr	-18.112	+3.811	-7.395
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapitalverkehr	+1.268	+684	+1.909
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmungen	+8.277	-7.745	-23.436
Reserveschöpfung ³⁾	+4.462	+3.031	-5.770
Statistische Differenz	-6.357	+1.271	+12.872
Veränderung der offiziellen Währungsreserven	-2.085	-4.163	-17.739

¹⁾ Vorläufige Zahlen. - ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitgeschäfte und Adjustierungen - ³⁾ Sonderziehungsrechte Bewertungsänderungen Monetisierung von Gold

Wesentlich erscheint in erster Linie, daß der bis September erzielte Leistungsbilanzüberschuß vom Saldo des Transithandels getragen wird, der mit 11,2 Mrd. S das Vorjahresergebnis um 7,1 Mrd. S übersteigt. Auch die "Nicht in Waren oder Dienste unterteilbaren Leistungen" tragen mit 2,7 Mrd S zur Saldendrehung gegenüber 1984 bei. Der Warenhandel, die Dienstleistungen und die Transfers brachten dagegen etwas schlechtere Ergebnisse als im Vorjahr. Bedenkt man, daß in den vergangenen beiden Jahren im letzten Quartal jeweils ein Leistungsbilanzdefizit von rund 10 Mrd. S auftrat und daß sich im Transithandelssaldo durch die VOEST-Intertrading ein negativer Effekt ergeben wird, so zeichnet das bis September erzielte Ergebnis vermutlich ein zu günstiges Bild der österreichischen Leistungsbilanz.

Langfristiger Kapitalverkehr¹⁾

	III Quartal 1984			III Quartal 1985		
	Ein-gänge	Aus-gänge	Saldo	Ein-gänge	Aus-gänge	Saldo
	Mill S					
Forderungen						
Direktinvestitionen	841	446	+ 396	152	666	- 514
Direktkredite	371	13.423	-13.051	12.278	4.156	+ 8.122
Ausländische festverzinsliche Wertpapiere	6.170	7.114	- 944	12.284	18.283	-5.999
Sonstige	1.581	2.525	- 944	2.093	5.369	-3.276
Verpflichtungen						
Direktinvestitionen	918	232	+ 687	2.397	380	+ 2.016
Direktkredite	5.773	1.477	+ 4.296	4.036	3.395	+ 642
davon an öffentliche Stellen	2.389	1.013	+ 1.376	2.043	1.799	+ 245
Österreichische festverzinsliche Wertpapiere	17.038	9.132	+ 7.904	12.693	9.936	+ 2.757
davon öffentliche Stellen	1.928	3.757	- 1.830	3.220	1.079	+ 2.140
Sonstige	972	597	+ 376	1.601	1.219	+ 381
Saldo	33.667	34.950	- 1.282	47.537	43.407	+ 4.131

¹⁾ Vorläufige Zahlen Rundungsfehler

Übersicht 3

Unrevidierte Investitionspläne 1985 und 1986

Industrie	1985			1986 ¹⁾
	1 Plan Herbst 1984	2 Plan Frühjahr 1985	3 Plan Herbst 1985	1 Plan Herbst 1985
	Hochgeschätzte Investitionen in Mill. S			
Industrie insgesamt	35 341	38 928	37 386	47 004
Grundstoffindustrie	6 943	6 739	6 233	9 305
Investitionsgüterindustrie	13 991	16 422	15 481	18 173
Konsumgüterindustrie	14 407	15 767	15 672	19 526
Bergwerke	883	858	688	984
Eisenerzeugende Industrie	2 195	2 568	2 371	2 654
Erdölindustrie	2 668	2 471	2 149	3 629
Stein- und keramische Industrie	2 152	2 693	2 729	1 986
Glasindustrie	624	665	727	786
Chemische Industrie	5 874	5 751	5 782	7 762
Papierherzeugung	1 229	1 659	2 043	4 467
Papierverarbeitung	508	418	417	452
Holzverarbeitung	778	842	842	740
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	3 112	3 485	3 230	3 383
Lederherzeugung	56	113	78	71
Lederverarbeitung	279	403	388	323
Gießereindustrie	419	477	528	511
Metallindustrie	607	715	658	901
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	3 066	3 465	2 930	4 987
Fahrzeugindustrie	1 198	1 534	1 173	1 813
Eisen- und Metallwarenindustrie	2 420	2 954	2 679	3 115
Elektroindustrie	5 404	5 911	5 901	6 153
Textilindustrie	1 414	1 567	1 535	1 701
Bekleidungsindustrie	455	379	308	586

¹⁾ Ohne Berücksichtigung späterer Revisionen

zeichnen 21% der Industrieunternehmungen sonstige Zwecke als das wichtigste Investitionsmotiv. Darunter befinden sich Investitionen zur Umstellung des Produktionsprogramms oder des Fertigungsverfahrens (u. a. in Richtung höherer Flexibilität), aber auch energiesparende und umweltschützende Investitionen. Im Grundstoffsektor betonen schon zwei Drittel der Unternehmungen, daß sonstige Zwecke ihr wichtigstes Investitionsmotiv sind.

Industrieumsätze 1985 um 6% gestiegen

Die Industrieumsätze wuchsen 1985 von 644 Mrd S auf 683 Mrd S, das ist um 6%. Eine Steigerung in diesem Ausmaß war schon bei der letzten Erhebung erwartet worden. Den höchsten Anstieg der Umsätze verzeichnet die Elektroindustrie, danach folgt die Eisen- und Metallwarenindustrie (+11½% bzw. +10%). Die Glasindustrie konnte ihre Umsätze immerhin um 9% steigern. Umsatzeinbußen mußten die Erdölindustrie (-11%), die Stahlindustrie (-7%) und die Gießereien (-2%) hinnehmen.

Für 1986 wird sehr vorsichtig ein nomineller Anstieg des Umsatzes um 2½% erwartet. Dies liegt auch ohne Abzug einer Preissteigerungsrate niedriger als der reale Produktionsanstieg, der vom Institut für 1986 erwartet wird (Dezember-Prognose +3%). Die Konsumgüterindustrie rechnet mit einem Anstieg von 5%,

tet, damit erholt sich die Cash-flow-Quote (Cash-flow in Prozent des Rohertrages) auf 27%.

Die Industriekapazitäten erhöhten sich 1985 um 2%. Geschrunpft sind die Kapazitäten in der Erdölindustrie, wo ein Teil der Raffineriekapazität abgebaut wurde. Bei den Bergwerken, in der Stahl- und der Fahrzeug- sowie der Bekleidungsindustrie blieben die Kapazitäten annähernd konstant. In der Ledererzeugenden Industrie, in der Glasindustrie und in der Elektroindustrie wird für 1985 ein Zuwachs an Kapazitäten gemeldet.

Die Auslastung der Industriekapazitäten stieg 1985 von 80% auf 83%, am stärksten war die Zunahme im Grundstoffbereich, wo sich die Auslastung von 69% auf 83% erhöhte. Im Investitionsgüterbereich (Maschinenindustrie, Elektroindustrie sowie Stein- und keramische Industrie) erholte sich die Kapazitätsauslastung ebenfalls, blieb aber unter dem Industriedurchschnitt. Im Konsumgüterbereich stieg sie um 2 Prozentpunkte auf 85%.

Als Hauptzweck der Investitionen wurde wieder die Rationalisierung genannt. 62% der Unternehmungen nannten dieses Motiv als das wichtigste Investitionsziel im Jahr 1985. Die Kapazitätserweiterung wurde von 17% als wichtigstes Ziel genannt, in der Glasindustrie, in der Eisen- und Metallwarenindustrie, in der Chemie und in der Elektroindustrie wurde es überdurchschnittlich genannt. Die Kategorie der "sonstigen Zwecke" wächst von Jahr zu Jahr, nunmehr be-

Übersicht 4

Investitionen, Investitionsquote und Umsätze

	Industrie							
	Investitionen ¹⁾				Investitions- quote in %	Umsätze		
	Nominell		Real ²⁾			Nominell		
Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	in %	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
1964	9 590	+ 1,7	15 295	- 1,1	7,4	129 329	+ 9,0	
1965	10 575	+ 10,3	16 395	+ 7,2	7,7	137 065	+ 6,0	
1966	10 993	+ 4,0	16 656	+ 1,6	7,5	146 378	+ 6,8	
1967	10 684	- 2,8	15 805	- 5,1	7,0	152 041	+ 3,9	
1968	10 457	- 2,1	15 243	- 3,6	6,5	161 603	+ 6,3	
1969	12 003	+ 14,8	17 001	+ 11,5	6,6	182 870	+ 13,2	
1970	16 055	+ 33,8	21 493	+ 26,4	7,7	209 237	+ 14,4	
1971	21 185	+ 32,0	26 681	+ 24,1	8,9	236 711	+ 13,1	
1972	24 216	+ 14,3	28 489	+ 6,8	9,1	265 409	+ 12,1	
1973	22 409	- 7,5	27 872	- 2,2	8,0	279 458	+ 5,3	
1974	25 013	+ 11,6	28 295	+ 1,5	7,4	338 050	+ 21,0	
1975	21 509	- 14,0	22 641	- 20,0	6,3	339 030	+ 0,3	
1976	22 775	+ 5,9	22 775	+ 0,6	6,0	380 129	+ 12,1	
1977	27 836	+ 22,2	26 586	+ 16,7	6,9	400 658	+ 5,4	
1978	28 011	+ 0,6	25 769	- 3,1	6,6	421 250	+ 5,1	
1979	27 432	- 2,1	24 233	- 6,0	5,8	469 238	+ 11,4	
1980	33 243	+ 21,2	27 935	+ 15,2	6,3	527 283	+ 12,4	
1981	39 251	+ 18,1	31 053	+ 11,2	7,0	564 308	+ 7,0	
1982	33 134	- 15,6	24 969	- 19,6	5,7	582 162	+ 3,2	
1983	31 713	- 4,3	23 114	- 7,4	5,4	590 775	+ 1,5	
1984	34 500	+ 8,8	24 500	+ 6,0	5,4	644 410	+ 9,1	
1985	39 000	+ 13,0	26 800	+ 9,0	5,7	682 881	+ 6,0	
1986	47 000	+ 20,5	31 300	+ 17,0	6,7	699 171	+ 2,4	

¹⁾ Institutsschätzung — ²⁾ Preisbasis 1976

Das Frageprogramm: Erhebungszeitraum, Wortlaut, Antwortmöglichkeiten und Bewertung

Frage	Beginn- datum	Antwortmöglichkeiten und Bewertung				
1 Finanzielle Lage des eigenen Haushaltes vor einem Jahr	Jänner 1972	besser (+)	schlechter (-)	etwa genauso (0)	keine Angaben (0)	
2 Finanzielle Lage des eigenen Haushaltes in einem Jahr	Jänner 1972	besser (+)	schlechter (-)	etwa genauso (0)	keine Angaben (0)	
3 Anschaffung von Konsumgütern in einem Jahr	Jänner 1972	mehr (+)	weniger (-)	gleich viel (0)	weiß nicht (0)	
4 Entwicklung des Sparens im letzten Jahr	Jänner 1972	mehr (+)	weniger (-)	gleich viel (0)	keine Ersparnisse (0)	weiß nicht (0)
5 Entwicklung des Sparens im nächsten Jahr	Jänner 1972	mehr (+)	weniger (-)	gleich viel (0)	keine Ersparnisse (0)	weiß nicht (0)
6 Preissteigerungen im letzten Jahr ¹⁾	Jänner 1972	sehr stark (-)	stark (-)	mittelmäßig (+)	eher gering (+)	keine Angaben (0)
7 Preissteigerungen im nächsten Jahr ¹⁾	Jänner 1972	sehr stark (-)	stark (-)	mittelmäßig (+)	eher gering (+)	keine Angaben (0)
8 Gegenwärtige Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes	Jänner 1974	mehr oder weniger sicher (+)	mindestens 1 Arbeitsplatz gefährdet (-)	keine Angaben (0)		
9 Arbeitslosigkeit in einem Jahr ¹⁾	Jänner 1977	mehr (-)	weniger (+)	genauso-viele (0)	keine Angaben (0)	
10 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Österreich im nächsten Jahr	April 1976	wesentlich verbessern (+)	etwas verbessern (+)	etwa gleichbleiben (0)	etwas verschlechtern (-)	sehr verschlechtern (-) oder keine Angaben (0)

Q: Erhebungen des Institutes für empirische Sozialforschung — ¹⁾ Diese Fragen werden in der Folge mit "Preisstabilität" bzw "Sicherheit des Arbeitsplatzes" bezeichnet. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Richtung werden die Indikatoren mit umgekehrtem Vorzeichen ausgewiesen (Näheres vgl. Text)

gen haben mehr allgemeinen bzw makroökonomischen Charakter. Es sind dies die Fragen über die "Preisstabilität" (Fragen 6 und 7), über die "allgemeine Arbeitsmarktsituation" (Frage 9) und über die "allgemeine Wirtschaftsentwicklung" (Frage 10).

Die Fragen sind nicht quantitativ, sondern qualitativ. Wie aus dem Kasten "Das Frageprogramm" hervorgeht, können sich die Konsumenten hauptsächlich zwischen drei Antwortkategorien entscheiden. Differenzierte Angaben (4 bis 5 Antwortmöglichkeiten) sind nur bei der Einschätzung der "Preisstabilität" und der "allgemeinen Wirtschaftsentwicklung" vorgesehen. Optimistische Antworten erhalten ein Pluszeichen, pessimistische ein Minuszeichen. Neutrale Antworten (0) werden nicht berücksichtigt. Aus den positiven und negativen Antworten wird ein Saldo gebil-

det. Da ein positiver Saldo (Optimismus) bei der Entwicklung der Preise und des Arbeitsmarktes weniger Inflation bzw weniger Arbeitslose bedeutet, werden diese Salden als Indikatoren der "Preisstabilität" bzw der "Arbeitsplatzsicherheit" interpretiert.

Um die vom IFES erfaßten Daten einer statistischen Analyse besser zugänglich zu machen, waren einige Transformationen notwendig. Internationalen Beispielen folgend (z. B. *Nerb*, 1975) addiert das WIFO zu den IFES-Salden den Wert 100. Dadurch können die Daten in jede beliebige Transformation übergeführt werden (Vorjahresveränderungsraten, Abweichungen vom Trend, Logarithmen u. a.). Weiters wurden vom WIFO die restlichen Monate (Juli, August, Dezember), die vom IFES nicht erfaßt werden, interpoliert, um eine monatliche Zeitreihe zu erhalten.

zwei wichtige Kennzahlen über die Stärke der Saisonbewegung: Saisoneffekt und Saisonamplitude.

Der Saisoneffekt eines bestimmten Monats kann auf zwei Arten ausgedrückt werden. Zum einen kann man die saisonbereinigten Werte einer Reihe von den Originalwerten subtrahieren, um einen Schätzwert für den Saisoneffekt in den Maßeinheiten der Ursprungsreihe zu erhalten. Oder man dividiert die Originalreihe durch die saisonbereinigte Reihe und erhält so den Saisoneffekt in Form eines Prozentsatzes:

$$(2) \hat{S}_{ij}^A = X_{ij} - X_{ij}^*,$$

$$(3) \hat{S}_{ij}^M = \frac{X_{ij}}{X_{ij}^*} \cdot 100,$$

worin mit X_{ij} die Originalwerte und mit X_{ij}^* die zugehörigen saisonbereinigten Werte bezeichnet werden. \hat{S}_{ij}^A und \hat{S}_{ij}^M messen den Saisoneffekt im Monat j des Jahres i , und zwar entweder in den Einheiten, in denen die Originalreihe gemessen wird, oder in Prozent. Im folgenden wird im ersten Fall (Originaleinheiten) von Saisonkomponenten, im zweiten (Prozentveränderung) von Saisonfaktoren gesprochen. Mit

$$(4) S_{i \max} = \max_j (\hat{S}_{ij})$$

und

$$(5) S_{i \min} = \min_j (\hat{S}_{ij})$$

wird der maximale bzw. minimale Saisoneffekt des Jahres i bezeichnet. Die Differenz dieser beiden Werte,

$$(6) A_i = S_{i \max} - S_{i \min},$$

ist die Saisonamplitude eines bestimmten Jahres. Sie kann wieder entweder in den Einheiten, in denen die Originalreihe gemessen wird, oder in Prozent angegeben werden. Diese Maßzahlen geben Auskunft über die Stärke des jeweiligen Saisoneffektes. Vor allem die Saisonamplitude in Prozent stellt einen wichtigen Indikator der Saisonbewegung dar, weil sie als relatives Maß zwischen verschiedenen Variablen direkt vergleichbar ist, unabhängig davon, in welchen Einheiten diese Variablen gemessen werden.

Empirische Ergebnisse

Im folgenden werden die soeben vorgestellten Konzepte und die im Anhang beschriebene Methode der Amplitudenzerlegung für die Analyse der Saisonschwankungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt verwendet.

Unselbständig Beschäftigte

Die Reihe der unselbständig Beschäftigten weist von Monat zu Monat nur eine relativ geringe Variation auf. Die absolute durchschnittliche Änderung gegen den Vormonat beträgt im Untersuchungszeitraum 1970 bis 1984 0,7%. Newbold und Thury zeigen auch, daß die Saisonschwankungen ebenfalls nur von geringer Intensität sind. Diese Aussagen gelten allerdings nur für die unselbständig Beschäftigten insgesamt. Wenn man hingegen die Beschäftigung weiter untergliedert, dürfte sich die Entwicklung zumindest bei einzelnen Teilaggregaten doch etwas anders darstellen.

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

Abbildung 1 zeigt Schätzwerte der Saisonkomponenten für die Gesamtbeschäftigung und für die Beschäftigung in wichtigen Wirtschaftsbereichen. Bei flüchtiger Betrachtung könnte diese Graphik den Eindruck erwecken, daß die österreichischen Beschäftigungsreihen durch starke Saisonschwankungen gekennzeichnet sind. Das ist jedoch, wie bereits erwähnt, nicht der Fall. Man muß nämlich die Saisonkomponente immer in Relation zur Originalreihe sehen. Die durchschnittliche jährliche Saisonbewegung der Gesamtbeschäftigung beträgt etwa 30 000 Personen, das ist nur etwas mehr als 1% der Zahl der Beschäftigten. Saisonschwankungen sind somit im Falle der unselbständig Beschäftigten insgesamt von eher untergeordneter Bedeutung. Für die Beschäftigung in manchen Wirtschaftsbereichen scheinen jedoch Saisonschwankungen ein ernsteres Problem zu sein. Am stärksten ausgeprägt sind sie erwartungsgemäß im Fremdenverkehr, in der Landwirtschaft und in der Bauwirtschaft, also in den stark vom Wetter abhängigen Wirtschaftsbereichen. Dabei fällt auf, daß das Saisonmuster im Fremdenverkehr von dem der übrigen Wirtschaftsbereiche beträchtlich abweicht, insbesondere was die Zahl und Lage der Saisontiefpunkte betrifft. Es gibt zwei ausgeprägte Saisontiefpunkte in den Zwischensaisonen, und zwar im April und November. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Betrachtung des Saisonmusters der sonstigen Wirtschaftsbereiche, bei dem die Beschäftigung im Gewerbe eine entscheidende Rolle spielen dürfte. Hier läßt sich, insbesondere am Anfang des Untersuchungszeitraums, im Vergleich zur Beschäftigung in den Beherbergungsbetrieben ein genau spiegelverkehrtes Saisonmuster feststellen. Eine mögliche Erklärung könnte sein, daß die in der Zwischensaison im Fremdenverkehr freigesetzten Arbeitskräfte vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sofort in anderen Bereichen kurzfristig Beschäftigung fanden. Die Tatsache, daß dieser spiegelverkehrte Verlauf des

Übersicht 1

Zweckgebundene Einnahmen im Bundeshaushalt

	Zweckgebundene Gesamteinnahmen	Anteil an den gesamten Bundeseinnahmen	Anteil an den gesamten Bundesausgaben	Zweckgebundene Steuereinnahmen	Anteil an den gesamten Steuereinnahmen des Bundes
	Mill S	In %	In %	Mill S	In %
1970	18 868	20,0	17,5	10 392	12,4
1971	22 361	21,3	19,5	12 465	13,1
1972	25 258	21,0	19,5	14 365	13,0
1973	28 239	22,0	19,6	15 682	13,5
1974	31 825	21,4	18,9	17 838	12,6
1975	34 730	21,8	18,2	17 953	12,0
1976	38 832	21,8	17,7	19 960	12,3
1977	44 580	22,9	18,5	23 464	13,0
1978	54 995	25,6	20,7	33 132	16,5
1979	60 190	25,3	20,5	36 941	16,9
1980	63 051	24,3	21,0	39 546	16,8
1981	72 103	25,1	21,0	43 110	16,6
1982	76 633	25,5	20,9	44 199	16,5
1983	82 430	26,0	20,4	45 779	16,2
1984	88 509	25,7	20,6	50 451	16,1

Übersicht 2

Zweckgebundene Einnahmen nach Aufgabenbereichen

	Soziales	Verkehr ¹⁾	Haftungen	Sonstiges	Summe
	Anteile in %				
1970	51,5	36,2	—	12,3	100,0
1971	50,1	38,9	0,5	10,5	100,0
1972	50,2	38,5	0,5	10,8	100,0
1973	51,8	37,3	0,6	10,3	100,0
1974	54,8	34,7	0,6	9,9	100,0
1975	56,5	35,8	0,7	7,0	100,0
1976	55,7	36,3	0,8	7,2	100,0
1977	53,7	38,5	0,9	6,9	100,0
1978	58,8	32,7	1,3	7,2	100,0
1979	58,6	32,1	2,5	6,8	100,0
1980	57,4	32,4	2,8	7,4	100,0
1981	56,5	30,4	4,9	8,2	100,0
1982	59,9	29,4	4,6	6,1	100,0
1983	59,1	29,5	3,8	7,6	100,0
1984	59,7	27,9	5,6	6,8	100,0

¹⁾ Einschließlich Fernsprecheinnahmen

mit etwas mehr als 20% aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert. Die Differenzen in den Anteilen erklären sich aus den Unterschieden im Gesamtvolumen der Ausgaben und Einnahmen. Von den gesamten Steuereinnahmen sind rund 16% zweckgebunden, wobei jedoch ein erheblicher Teil nicht zu Ausgaben im Bundeshaushalt führt, sondern an andere öffentliche Rechtsträger überwiesen wird.

Langfristig hat sich die Bedeutung der Zweckbindungen im Bundeshaushalt erhöht, selbst wenn die Zunahme der Anteile im Jahr 1978, die aus der Umstellung von Kinderabsetzbeträgen zu Transfers stammt, unberücksichtigt bleibt. Vor allem zwischen 1970 und 1977 haben sich die Zweckbindungen verstärkt. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen stieg von 20,0% (1970) auf 22,9% (1977). In den Jahren seit 1978 schwankten die Anteile stärker, blieben aber langfristig insgesamt recht konstant (Übersicht 1). Das gilt sowohl für die Gesamteinnahmen als auch für die Ausgaben. Bei den Steuern ist der Anteil der Zweckbindungen in den letzten Jahren leicht rückläufig. Dennoch bleibt ihr Einfluß im Bundeshaushalt erheblich.

Eine Aufgliederung der zweckgebundenen Einnahmen nach funktionalen Gesichtspunkten zeigt eine sehr starke Konzentration auf drei Bereiche: Soziales, Verkehr und Haftungen. Auf sie entfielen 1984 mehr als 93% aller zweckgebundenen Einnahmen. 1970 waren es knapp 88%. Diese Konzentration hat somit im Laufe der letzten 15 Jahre noch zugenommen (Übersicht 2).

Der Großteil der Zweckbindungen dient sozialen Aufgaben, vor allem im Rahmen des Familienlastenausgleichs und der Arbeitslosenversicherung. Die Bedeutung der sozialen Aufgaben im Rahmen der Zweckbindungen hat sich in den letzten Jahren spürbar vergrößert. Gegenwärtig entfallen fast 60% der gesamten zweckgebundenen Einnahmen im Bundes-

haushalt auf den sozialen Sektor (1970 waren es etwas mehr als 51%). Fast 53 Mrd. S an Sozialausgaben wurden im Bundeshaushalt 1984 aus zweckgebundenen Einnahmen gedeckt. 1970 waren es rund 9,7 Mrd. S. Das beeinflusst nicht unerheblich die Verteilungswirkungen, weil Zweckbindungen primär zu horizontalen und weniger zu vertikalen Verteilungseffekten führen. Auf diese Probleme wird in einem späteren Abschnitt der Arbeit noch näher eingegangen.

Auf den Verkehrssektor entfielen 1984 knapp 28% der zweckgebundenen Einnahmen (24,7 Mrd. S). 1970 waren es noch 36% (6,8 Mrd. S). Zwei Bereiche dominieren hier, die Finanzierung von Straßen und das Fernsprechwesen. Die Zweckbindung des Aufkommens an Mineralölsteuer für den Straßenbau wird selbst von entschiedenen Befürwortern des Leistungsfähigkeitsprinzips gebilligt (Neumark, 1970). Neumark sieht in der Mineralölsteuer allerdings eher einen Kostenbeitrag. Haller (1981) nennt die Abgaben aus dem Straßenverkehr Beitragsteuern, um einerseits das Bild des Leistungsfähigkeitsprinzips nicht zu stören, andererseits aber doch in diesem speziellen Fall die Zweckbindung rechtfertigen zu können. Die Zweckbindung der Steuern aus dem Straßenverkehr wird somit auch in der Theorie weitgehend akzeptiert und damit gerechtfertigt, daß zwischen Straßen und Kraftfahrzeugen eine Komplementaritätsbeziehung besteht. Die wenige Literatur zu zweckgebundenen Steuern beschränkt sich daher auch im wesentlichen auf die Abgaben aus dem Straßenverkehr (Fecher, 1963).

Der dritte große Bereich der Zweckbindungen betrifft die Haftungen. Vor allem im Rahmen der Exportförderung entfielen 1984 5,6% (rund 5 Mrd. S) aller zweckgebundenen Einnahmen im Bundeshaushalt auf die Haftungsentgelte. Anfang der siebziger Jahre waren es erst 0,5% (Übersicht 2). Hier tritt das Äquivalenzprinzip viel stärker hervor als bei den zweckgebundenen Einnahmen in den zuvor genannten Bereichen.

Übersicht 2

Ost-West-Handel
Nominell, auf Dollarbasis

	Exporte		Importe		Handelsbilanz	
	1984	1985 ¹⁾	1984	1985 ¹⁾	1984	1985 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr				in Mrd. \$	
	in %					
<i>Handel der Industrieländer mit Osteuropa²⁾</i>						
Osteuropa ²⁾	- 17	- 2,5	+ 13,6	- 6,2	- 2,0	+ 0,4
Einschließlich inner-deutscher Handel	- 4,7	- 0,3	+ 11,5	- 7,0	- 2,6	+ 0,8
Bulgarien	- 7,5	+ 12,2	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	+ 0,1
ČSSR	- 2,6	+ 0,6	+ 0,7	- 8,0	- 0,1	+ 0,1
DDR	- 8,6	- 36,5	- 4,8	- 3,5	- 0,1	- 0,4
Einschließlich inner-deutscher Handel	- 14,0	- 11,2	- 1,6	- 8,1	- 0,6	- 0,1
Polen	+ 2,6	+ 2,9	+ 21,4	- 5,8	- 0,6	+ 0,2
Rumänien	+ 9,6	- 7,8	+ 39,7	- 9,6	- 0,9	+ 0,2
Ungarn	- 2,5	+ 12,1	+ 9,4	- 3,2	- 0,3	+ 0,2
UdSSR	- 3,6	- 4,9	+ 3,2	- 14,6	- 1,6	+ 1,7
Oststaaten	- 2,9	- 4,0	+ 6,9	- 11,4	- 3,6	+ 2,1
Einschließlich inner-deutscher Handel	- 4,0	- 3,1	+ 6,5	- 11,4	- 4,1	+ 2,5
Welt	+ 6,5	- 0,5	+ 9,0	- 0,6	- 3,3	+ 1,8

	Mrd \$					
<i>Handel der Industrieländer mit Osteuropa²⁾</i>						
Osteuropa ²⁾	11,7	7,5	15,3	9,5	- 3,5	- 2,0
UdSSR	21,6	13,4	25,2	14,0	- 3,5	- 0,5
Oststaaten	33,4	20,9	40,4	23,4	- 7,1	- 2,5

	Veränderung gegen das Vorjahr					
	in %			in Mrd \$		
<i>Handel mit den Oststaaten</i>						
Westeuropa	- 8,1	- 1,7	+ 4,7	- 11,8	- 3,7	+ 2,5
Österreich	+ 2,6	- 4,7	+ 12,4	- 9,5	- 0,2	+ 0,1
BRD	- 8,0	- 4,6	+ 6,4	- 6,8	- 1,1	+ 0,2
Frankreich	- 11,6	+ 0,9	- 5,7	- 11,1	- 0,2	+ 0,3
Großbritannien	+ 21,0	- 13,2	+ 17,8	- 9,1	- 0,0	- 0,0
USA	+ 44,7	- 5,8	+ 59,7	- 2,4	+ 0,4	- 0,1
Japan	- 15,9	+ 11,7	+ 3,4	- 15,3	- 0,6	+ 0,4

O: IMF — ¹⁾ Jänner bis August — ²⁾ Europäische Oststaaten ohne UdSSR

stark zu²⁾. Empfindlich zurückgegangen sind 1985³⁾ die Exporte in die DDR, die allerdings mehr aus der Bundesrepublik Deutschland bezog. Rumänien hat die Importe noch stärker als 1984 gedrosselt. Ein guter Markt für westliche Produkte waren 1985 Ungarn und Bulgarien.

Die *Importe* der Industrieländer aus dem Osten blieben 1985 mit 37 Mrd. \$ um fast 8% unter jenen des Jahres 1984. Stark zurückgegangen (um fast 12%) ist

²⁾ Die Ergebnisse der letzten drei bis vier Monate 1985 wurden geschätzt. Dabei mußte die Entwicklung des Wechselkurses des Dollars zu anderen Währungen berücksichtigt werden. Der Dollar hat gegenüber dem Sonderziehungsrecht (einem Währungsbündel) im 1. Halbjahr 1985 um 7% aufgewertet, im III. Quartal um 1,5%, im IV. Quartal um 7,7% abgewertet. Im 1. Halbjahr 1985 sind die Preise der Exporte der Industrieländer in den Osten in Dollar um 7% zurückgegangen (ECE, 1985A, S. 61). Auf Basis von Sonderziehungsrechten entspricht dies einem Preisrückgang von 0,5% (1984 — 2%). Unterstellt man für die zweite Jahreshälfte 1985 eine ähnliche Preisentwicklung in nationaler Währung wie im 1. Halbjahr, so ergibt sich für das 2. Halbjahr, insbesondere aber für das IV. Quartal ein starker Anstieg der Exportpreise der Industrieländer auf Dollarbasis. Die gleichen Überlegungen gelten auch für die Importpreise.

³⁾ Ergebnisse für Jänner bis August, zu laufenden Preisen.

die Einfuhr aus der Sowjetunion, die Bezüge aus den osteuropäischen Ländern nahmen um nur etwa 1% ab. Die Preise der aus dem Osten importierten Güter (in Dollar) fielen um 3% bis 4%. Das Handelsbilanzdefizit der Industrieländer gegenüber dem Osten hat sich von 7 Mrd. \$ (1984) auf etwa 3 Mrd. \$ (1985) verringert. Die Handelsbilanz mit der UdSSR war nahezu ausgeglichen (nach -3,5 Mrd. \$ im Jahr 1984).

Ostverschuldung Ende 1985 auf 90 Mrd. \$ gestiegen

Die Verschuldung der Oststaaten ist jetzt besser dokumentiert als zuvor: Die OECD hat zum Jahresende 1985 zum ersten Mal eine Statistik veröffentlicht, in der die bereits bestehenden Datensysteme zusammengefaßt, koordiniert und ergänzt wurden⁴⁾. Auch bisher lagen schon Statistiken über die Verschuldung der Oststaaten vor, die aber unvollständig waren⁵⁾. Sie mußten durch Schätzungen ergänzt werden⁶⁾. Nach der neuen OECD-Statistik belief sich die Gesamtverschuldung der Oststaaten (einschließlich der

⁴⁾ OECD (1985B); die bisherigen Datensysteme wurden von BIZ, IMF, Weltbank und DAC erstellt. Einen Überblick über die verschiedenen Verschuldungsstatistiken bietet Pönisch (1984).

⁵⁾ Forderungen westlicher Banken sind in den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) enthalten. Nach dieser Quelle belief sich die Bruttoverschuldung der Oststaaten Ende 1984 auf 48,2 Mrd. \$ (Quartalsdaten) bzw. 46,7 Mrd. \$ (Halbjahresdaten). Diese Daten wurden durch die von der OECD erhobenen garantierten Exportforderungen von Nicht-Banken der Mitgliedsländer ergänzt und von OECD und BIZ gemeinsam publiziert. Nach dieser Quelle belief sich die Verschuldung der Oststaaten Ende 1984 auf 65,8 Mrd. \$. Von den Oststaaten publiziert nur Ungarn regelmäßige Verschuldungsdaten, zum Teil gibt es solche Daten von Polen und Rumänien. Der Berechnungsmodus dieser Länder stimmt mit jenen der internationalen Organisationen manchmal nicht voll überein.

⁶⁾ Auch die neuen OECD-Statistiken beruhen zum Teil auf Schätzungen und werden möglicherweise noch korrigiert. Unter anderem ist es fraglich, ob sie die österreichischen Exportkredite von Nicht-Banken, die gut 1,5 Mrd. \$ betragen dürften, enthalten.

Übersicht 3

Verschuldung der Oststaaten nach verschiedenen Quellen
Jahresendstände

	Konzept ¹⁾	Bruttoverschuldung		Guthaben	
		1983	1984	1984	1984
		Ins-gesamt		UdSSR ²⁾	
		Mrd \$			
BIZ					
Quartalsdaten ³⁾					
Semesterdaten	B, S	52,0	48,2	16,6	22,1
BIZ, OECD	B, H, S	70,0	65,8	25,6	—
OECD (1985B)	G, S	85,7	83,5	23,2	—
WIIW (Fink — Mauler, 1985)	G, E	85,5	78,5	18,9	23,5
ECE (1985A)	G, E	90,3	85,7	25,6	22,1
OECD (1985A) ⁴⁾	G, E	85,1	83,9	24,0	18,8

¹⁾ B... Verschuldung bei Banken; H... Verschuldung aus (garantierten) Handelskrediten; G... Gesamtverschuldung; S... Statistik; E... Schätzung. — ²⁾ Einschließlich RGW-Banken. — ³⁾ Erweiterte Berichterstattung. — ⁴⁾ 1984 Prognose

Monetärer Bereich, Budget, Verschuldung

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Geldmenge M1 ¹⁾	- 7,6 ²⁾	+ 10,4 ²⁾	- 3,4	+ 9,0	+ 11,3	+ 2,6	+ 2,8
Erweiterte Geldbasis ¹⁾	+ 1,8	+ 7,1	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,0	+ 2,2	+ 1,5
				in %			
Prime Rate	8,2	11,0	13,1	12,5	9,7	9,2	9,2
Diskontsatz	3,8	6,3	6,8	6,4	4,0	4,3	4,3
Taggeldsatz	5,6	10,3	11,4	8,8	5,4	6,5	6,2
Zinssatz für Dreimonatsgeld	6,9	10,6	11,5	8,5	5,9	7,1	6,6
Rendite der Neuemissionen	7,7	9,1	10,2	9,8	8,1	8,5	8,0
Bundesbudget brutto: Saldo in Mrd. S	- 50,5	- 47,5	- 51,7	- 71,8	- 91,1	- 90,2	- 91,6
in % des BIP	- 5,5	- 4,8	- 4,9	- 6,3	- 7,6	- 7,0	- 6,7
Bundesbudget netto ³⁾ : Saldo in Mrd. S	- 32,5	- 29,3	- 27,5	- 46,6	- 65,6	- 57,4	- 60,0
in % des BIP	- 3,5	- 2,9	- 2,6	- 4,1	- 5,4	- 4,5	- 4,4
Verschuldung des Bundes (Finanzschuld): in Mrd. S	230,9	261,2	295,3	341,6	416,2	469,8	525,6
in % des BIP	25,1	26,3	28,0	30,0	34,5	36,4	38,3
pro Kopf in 1 000 S	30,6	34,6	39,0	45,2	55,1	62,2	69,6
Verschuldung der Gebietskörperschaften: in Mrd. S	330,4	370,1	414,8	471,9	553,1		
in % des BIP	36,0	37,2	39,3	41,5	45,8		
pro Kopf in 1 000 S	43,8	49,0	54,8	62,3	73,2		

Q: Oesterreichische Nationalbank. Institutsberechnungen. — ¹⁾ Jahresendstände. — ²⁾ Wegen Umschichtung von Sichteinlagen zu Spareinlagen im April 1979 mit früheren Zuwachsraten nicht vergleichbar. — ³⁾ Nettodefizit = Bruttodefizit (Gesamteinnahmen — Gesamtausgaben) — Schuldentilgung = Neuverschuldung

kung der Ertragskraft der Banken), andererseits wird damit die "Hartwährungspolitik" (enge Bindung des Schillings an die DM) angesichts eines bereits seit 1984 bestehenden Inflationsgefälles abgestützt. Die österreichische Zinspolitik muß auch im Zusammenhang mit der geringen Ausweitung der Zentralbankgeldmenge gesehen werden. Der Zuwachs der erweiterten Geldbasis war im Jahresdurchschnitt 1985 mit 2,1% um 0,4 Prozentpunkte schwächer als im Vorjahr und lag auch unter der Inflationsrate (3,2%). Obwohl die Oesterreichische Nationalbank die Zentralbankgeldversorgung als endogen bestimmt ansieht, deutet das Zusammentreffen von geringer Geldausweitung und steigenden Zinssätzen (bzw. Zinsdifferenzen zum Ausland) mit einer fast völligen Ausnützung der verfügbaren Refinanzierungskontingente doch auf eine zurückhaltende Geldpolitik hin. 1985 wurde die Flexibilität des Notenbankinstrumentariums durch den Einsatz von Offenmarkttransaktionen ausgeweitet. Seit Anfang Mai 1985 bietet die Oesterreichische Nationalbank den Kreditunternehmungen Wertpapierkostengeschäfte mit Rückkaufvereinbarung als Refinanzierungsinstrument an, deren Kosten zwischen dem Diskont- und dem Lombardsatz liegen. Anfang August wurde der Rahmen solcher Geschäfte auf 30 Mrd. S verdoppelt und die Begrenzung auf die letzten 30% des Refinanzierungskontingents aufgehoben. Dadurch wurden die Refinanzierungskosten verringert, ohne eine Leitzinssenkung vorzunehmen. Die Offenmarktrefinanzierung hat in der Folge den Lombardkredit fast ganz ersetzt.

Die seit Mitte 1980 anhaltende Dollaraufwertung, die nahezu eine Verdoppelung der Schilling-Dollar-Relation mit sich brachte, ist Anfang 1985 zu Ende gegangen. Innerhalb nicht einmal eines Jahres kam es zu

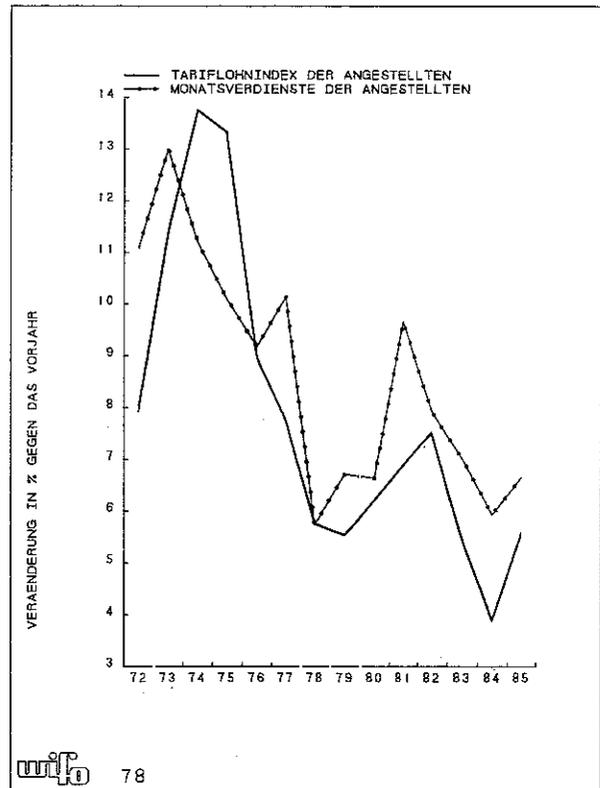
einem Kursverlust von rund 29% (von Ende Februar 1985 mit 24 S je Dollar auf 17 S je Dollar Ende 1985). Dennoch lag der Dollarkurs im Jahresdurchschnitt 1985 mit 20,7 S noch immer um 3½% über jenem von 1984 (20,0 S). Vor allem aufgrund der Dollarschwäche hat sich die nominell-effektive Aufwertungstendenz des Schillings seit dem Sommer erheblich beschleunigt. Im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,5%. Die starke Abwertung des Dinars war an dieser effektiven Aufwertung ebenfalls in hohem Maß beteiligt. Real lag der effektive Wechselkurs des Schillings nur geringfügig unter dem Indexwert des Vorjahres (—0,2%). Die nahezu unveränderte Entwicklung des real-effektiven Wechselkurses des Schillings unterstreicht die Beibehaltung der hartwährungspolitischen Linie auch im Vorjahr.

Die *Budgetpolitik* des Jahres 1985 war durch weitere Bemühungen zur Stabilisierung des Budgetdefizits gekennzeichnet. Das Nettodefizit (nach Abzug der Finanzschuldtilgungen) belief sich 1985 auf 60,0 Mrd. S. Damit konnte es auf 4½% des BIP stabilisiert werden. Insgesamt dürfte der Bundeshaushalt 1985 annähernd konjunkturneutral gewirkt haben. Angesichts des Konjunkturaufschwungs mußte der Konjunkturausgleichshaushalt nicht in Anspruch genommen werden. Obwohl 1985 die Einnahmen (+8,1%) rascher stiegen als die Ausgaben (+6,7%) — und beide Kategorien stärker als das nominelle BIP (+6,3%) —, war der Bruttoabgang (Bruttodefizit) mit 91,6 Mrd. S um 1,4 Mrd. S höher als 1984. Allerdings bedeutete dies bezogen auf das BIP einen Rückgang von 7% 1984 auf 6,7% 1985.

Die Einnahmenentwicklung war 1985 durch Sonderfaktoren geprägt. Die Zinsertragsteuer, die 1984 eingeführt wurde (ursprünglich 7,5% vom Zinsertrag,

Abbildung 2

Durchschnittsverdienste der Angestellten in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie
Gewichte 1973



um 15% und 17,7% Im Jahr 1975 trug zu dieser kräftigen Steigerung auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden bei, die rein rechnerisch eine Erhöhung der Stundenverdienste um 5% bedeutete. Im folgenden Jahr, als die Stärke der Rezession offenbar wurde, sank die Zuwachsrate auf 9%, die halbe Steigerungsrate des Jahres 1975. Innerhalb von zwei Jahren halbierte sich die Steigerungsrate der Stundenverdienste nochmals (4,8%), stabilisierte sich aber in den folgenden drei Jahren 1979 bis 1981 auf einer Rate von 6% bis 6,5%. Erst die weitere Verschärfung der Rezession dämmte den Lohnauftrieb weiter ein, auf gut 5%.

Die Monatsverdienste der Arbeiter haben einen ähnlichen Verlauf, wenn man von der Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung im Jahr 1975 absieht. In den geringen Abweichungen spiegeln sich die Veränderungen der Zahl der bezahlten Arbeitsstunden, die mit der Konjunkturlage schwankt.

Die Monatsverdienste der Angestellten verliefen bedeutend ruhiger als die Arbeitermonatsverdienste Die Gehälter wuchsen in den Hochkonjunkturjahren 1973 und 1974 nur wenig rascher als zuvor Bereits 1975 setzte ein leichter Rückgang ein. Ebenso wie bei den Arbeitern folgte dann ein rascher Abbau der Zuwachsraten, der aber doch schwächer ausgeprägt war. Auch bei den Angestelltenverdiensten wurde 1978 mit +5,7% die niedrigste Zuwachsrate erreicht In den folgenden beiden Jahren betrug die Wachstumsrate 6,5% bis 7%. Während aber das Wachstum der Arbeiterverdienste nur diese Höhe hielt oder sich verlangsamte, verstärkte sich der Lohnauftrieb bei den Angestellten auf 9,7% im Jahr 1981 und überschritt auch 1982 und 1983 mit fast 8% und 7% das Niveau der Vorjahre.

Über die gesamte Periode 1973 bis 1985 stiegen die Stundenverdienste der Arbeiter um 7,2% pro Jahr. Die Monatsverdienste der Angestellten wuchsen mit +8% etwas rascher. Die beiden Reihen sind jedoch nur begrenzt vergleichbar: Die Stundenverdienste enthalten keine Sonderzahlungen, die Monatsverdienste jedoch schon. Ein weiterer Punkt betrifft die Arbeitszeit. Während der untersuchten Periode wurde die gesetzliche Normalarbeitszeit von 42 auf 40 Stunden herabgesetzt Diese Verkürzung ist in den Stundenlöhnen voll berücksichtigt, nicht aber in den Monatsverdiensten Berücksichtigt man die Verkürzung der Arbeitszeit auch bei den Monatsverdiensten, erhöht sich die durchschnittliche Steigerungsrate von 1973 bis 1985 um mehr als 1 Prozentpunkt schneller als die Arbeiterverdienste

Ein ähnlich großer Unterschied ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Zuwachsrate der Monatsverdienste der Angestellten und der Arbeiter (beide Reihen enthalten Sonderzahlungen) für die Periode 1973 bis 1985. Dieser Vergleich dürfte für die Einkommensentwicklung wichtiger sein, da auch die Zahl der be-

zahlten Arbeitsstunden berücksichtigt wird Der Unterschied beträgt fast 1 Prozentpunkt pro Jahr. Der Vergleich der langfristigen Entwicklung der Verdienste der Arbeiter und der Angestellten wird dadurch erschwert, daß es zwischen den beiden Beschäftigtengruppen im Laufe des Untersuchungszeitraums zu Umschichtungen gekommen ist, deren Auswirkungen sich schwer abschätzen lassen. 1973 betrug der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie nur 27,1%, 1985 aber schon 32,6%. Soweit diese Anteilsverschiebung darauf beruht, daß hochqualifizierte Arbeiter an der Spitze der Lohnpyramide in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden, wird das Lohnniveau sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten gedrückt: das der Arbeiter, weil die bestverdienenden Arbeiter ausscheiden, das der Angestellten, weil die bestverdienenden Arbeiter noch immer erheblich weniger verdienen als die Angestellten im Durchschnitt. Laut der halbjährlichen Statistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die auch Verdienste nach Qualifikationsmerkmalen ausweist (halbjährlich für Arbeiter, jährlich für Angestellte), ergibt sich für qualifizierte Facharbeiter in der Maschinenbauindustrie, einer der wichtigsten Branchen innerhalb der eisen- und metallverarbeitenden Industrie, bei einer

Übersicht 1

Brutto-Wertschöpfung

Nominell ohne Land- und Forstwirtschaft und Energieversorgung

	1983	1984	1985
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Wien	+5,5	+5,5	+7,0
Niederösterreich	+6,0	+6,1	+5,7
Burgenland	+4,2	+6,4	+6,9
Steiermark	+6,1	+7,0	+7,6
Kärnten	+5,4	+6,1	+6,2
Oberösterreich	+7,0	+6,3	+8,6
Salzburg	+7,5	+5,8	+6,9
Tirol	+6,0	+7,7	+8,2
Vorarlberg	+5,9	+4,5	+8,4
Österreich	+6,1	+6,3	+7,2

ausgelasteten Sachanlagen, worauf Unternehmereinschätzungen, geringe Nachfrage nach Bauleistungen sowie die nur sehr zögernd sich intensivierende Neugründungstätigkeit hinweisen. Andererseits hat auch der sehr elastische Arbeitsmarkt den Angebotsplafond zumindest quantitativ noch bei weitem nicht erreicht. Die regionalen Unterschiede im Wirtschaftswachstum beruhen weiterhin in erster Linie auf der Nachfrage nach verschiedenen Wirtschaftsleistungen und damit verbundenen strukturellen Anpassungsproblemen. Die Entwicklung im abgelaufenen Jahr war im großen und ganzen von Vorteilen für die westliche und von Nachteilen für die östliche Landeshälfte geprägt. Dabei gab es zwei wichtige Ausnahmen: Wien konnte seinen Rückstand an Wachstumsdynamik etwas verringern, und Salzburg blieb nun schon das zweite Jahr hinter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt zurück.

Das 1985 im Vergleich zu den letzten zwei Jahren etwas kräftigere Wirtschaftswachstum Wiens stützte sich vor allem auf eine — im wesentlichen durch den U-Bahnbau stimulierte — expansive Bauwirtschaft sowie auf den sich zwar abgeschwächt, aber immer noch günstig entwickelnden Städtetourismus. Damit hat Wien als konjunktureller Nachzügler seinen Rückstand an Wirtschaftswachstum zwar nicht aufgeholt, aber im abgelaufenen Jahr immerhin nicht noch weiter an Boden verloren, obwohl die meisten Dienstleistungsbereiche ihren Nachholbedarf inzwischen offenbar gedeckt haben und nicht mehr so expansiv sind wie in früheren Jahren. Auch die Arbeitsmarktdaten (zunehmende Beschäftigung, ein mit der Nachfrage über die rein demographische Komponente hinaus wachsendes Angebot) weisen auf die Belebung hin.

Das Wachstum der Salzburger Wirtschaft wurde von der Schwäche des Ausländerreiseverkehrs gebremst, darüber hinaus dürften hier aber auch Strukturverschiebungen im produzierenden Sektor zu Anpassungsschwierigkeiten geführt haben. Nicht zuletzt ist ein verhältnismäßig großer Teil der Salzburger In-

dustrie von der Bauwirtschaft abhängig (Baustoffe, Baumaschinen, Gebäudeausstattung) und war von der auch 1985 nur sehr zögernd zunehmenden Nachfrage in diesem Bereich betroffen. Ein — in seinem Ausmaß allerdings unbefriedigender — Ausgleich konnte 1985 nur im Bereich des Salzburger Handels gefunden werden, der einiges von der in ganz Österreich aufgetretenen zusätzlichen Kaufkraft an sich ziehen konnte. Immerhin hatte die Salzburger Wirtschaft zu Beginn der achtziger Jahre einen beträchtlichen Wachstumsvorsprung erzielt, sodaß das nun schon zwei Jahre anhaltende Zurückbleiben eher als eine Art Konsolidierungsphase anzusehen ist.

Die Entwicklung in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg war 1985 von einem sehr expansiven sekundären Sektor gekennzeichnet. Industrie und Gewerbe steigerten hier ihre Produktion überdurchschnittlich, was nicht nur durch die — in Tirol möglicherweise etwas überhöhten — Ergebnisse des realen Produktionsindex, sondern auch durch die Entwicklung von Produktionswerten, von Beschäftigten und nicht zuletzt auch durch Unternehmereinschätzungen belegt werden kann. Dazu kam noch eine vergleichsweise gut beschäftigte Bauwirtschaft, deren besonders hohe Zuwachsrate in Oberösterreich allerdings nicht ausreichte, starke Rückgänge in den beiden vergangenen Jahren auszugleichen. Ein noch größerer Vorsprung der Wirtschaft Tirols wurde nur dadurch verhindert, daß der Tourismus die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte. Der Rückgang der Übernachtungszahlen wirkte sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche entsprechend dämpfend aus. Da die Konjunktur in Tirol schon im Vorjahr (früher als in vielen anderen Bundesländern) angesprungen war, fiel die Vorjahresveränderungsrate der Beschäftigung 1985 nicht mehr so hoch aus. Der Industrieentwicklung Oberösterreichs kam ihre relativ breite Branchenstreuung zugute, die es erlaubte, das konjunkturbedingte Nachlassen der Grundstoffproduktion durch eine kräftige Expansion im Investitions- und Konsumgüterbereich weitgehend auszugleichen. Entsprechend günstig verlief hier auch die Entwicklung der Beschäftigung. Innerhalb der Industrie Vorarlbergs war (ähnlich wie in Tirol) schon relativ früh ein Umstrukturierungsprozeß in Gang gekommen, der zulasten des traditionellen Lebensmittel-Textil-Bekleidungs-Sektors und zugunsten anspruchsvollerer technischer Investitions- und Konsumgüter verlief. Dadurch konnte in der derzeitigen Konjunkturphase die Industrie hier überdurchschnittliche Produktionszuwächse erzielen. Vom kräftigen Zuwachs des Arbeitskräfteangebotes fand aber nur ein Teil in Vorarlberg selbst, ein anderer Teil hingegen in der benachbarten Schweiz Beschäftigung.

Die Wirtschaft Kärntens ist aus Strukturgründen stärkeren Konjunkturschwankungen ausgesetzt als die der meisten anderen Bundesländer. Im Jahr 1985

allen RGW-Ländern verlangsamt. Nur in drei Ländern, in der DDR, der Tschechoslowakei und in Polen, wurde der Plan erfüllt.

In den Ländern mit der geringsten Wachstumsabschwächung, Tschechoslowakei, DDR und UdSSR, sowie in Bulgarien konnte trotz der Probleme Anfang des Jahres 1985 eine insgesamt zufriedenstellende Entwicklung der *Industrieproduktion* verzeichnet werden, was erheblich zur Stabilisierung des Wachstums beigetragen hat. In den übrigen RGW-Ländern verlief die Entwicklung ungünstiger, vor allem in Ungarn, das mit 0,8% Wachstum in der Industrie spürbar unter dem RGW-Durchschnitt von 3,9% blieb. In allen RGW-Ländern wurde das Industriewachstum in erster Linie von den Branchen Elektronik, Elektrotechnik und Maschinenbau getragen.

Einmal mehr erwies sich die *Landwirtschaft* in Osteuropa als extrem witterungsanfällig. Nach den guten Ergebnissen im Jahr 1984 waren die Erwartungen in Osteuropa im allgemeinen eher mäßig gewesen. In der DDR war dennoch eine weitere Steigerung um rund 3% möglich, in Polen und der Tschechoslowakei

Abbildung 1

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum

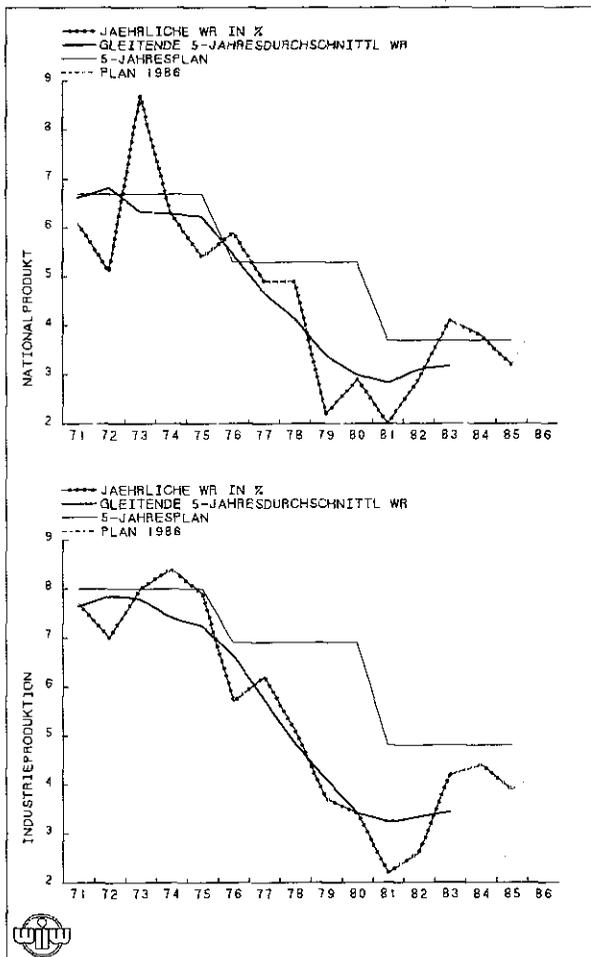
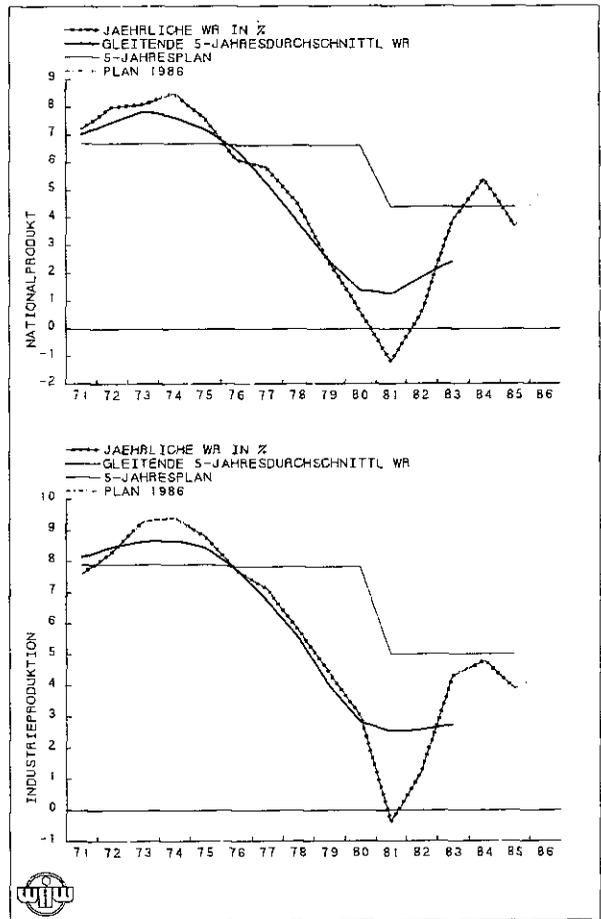


Abbildung 2

Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa



wurden ebenfalls gute Ergebnisse etwa in der gleichen Größenordnung wie 1984 erzielt. Die südosteuropäischen Länder aber mußten nach einer anhaltenden Dürre im Sommer 1985 zum Teil drastische Rückgänge in der Pflanzenproduktion hinnehmen (Bulgarien -18%, Ungarn -5%, Rumänien vermutlich -3%). In Bulgarien verschärfen sich darüber hinaus die Probleme mit der Wasserversorgung. In der UdSSR wurde das siebente Mal in einer Folge der Plan für die Getreideproduktion nicht erfüllt; sie konnte zwar um mehr als 10% auf fast 190 Mill. t gesteigert werden, blieb aber dennoch um 15 Mill. t unter dem Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980. Trotz der Steigerung der Getreideproduktion dürfte die pflanzliche Produktion insgesamt etwas gesunken sein und die tierische nur wenig zugenommen haben. Das Ergebnis ist für die UdSSR neuerlich enttäuschend.

Nach den verschiedenen und nicht direkt vergleichbaren Angaben in den einzelnen Planerfüllungsberichten der RGW-Länder dürfte der *Konsum* im allgemeinen um nur 1% bis 2% gewachsen sein. Das Wachstum der *Investitionen* wurde dagegen beschleunigt (Tschechoslowakei, DDR, Ungarn und

Übersicht 1

Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Inlandsprodukt

	Sozialausgaben insgesamt		Brutto-Inlandsprodukt (nomineil)		Sozialausgaben in % des Brutto-Inlandsproduktes
	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mill S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1976	177 010	+ 12,6	724 747	+ 10,5	24,4
1977	195 070	+ 10,2	796 191	+ 9,9	24,5
1978	224 234	+ 15,0	842 332	+ 5,8	26,6
1979	243 742	+ 8,7	918 537	+ 9,0	26,5
1980	257 449	+ 5,6	994 705	+ 8,3	25,9
1981	281 439	+ 9,3	1 055 972	+ 6,2	26,7
1982	305 174	+ 8,8	1 136 856	+ 7,7	26,9
1983	325 480	+ 6,3	1 206 592	+ 6,1	27,0
1984	342 817	+ 5,3	1 289 667	+ 6,9	26,6
1985 ¹⁾	363 773	+ 6,1	1 371 010	+ 6,3	26,5

Q: Eigene Berechnungen — ¹⁾ Vorläufige Werte

zung und bestimmte freiwillige Sozialleistungen des Unternehmenssektors. Die gleiche weite Definition der Sozialausgaben liegt den Berechnungen der Sozialkonten durch die Europäische Gemeinschaft zugrunde. Die Sozialquote blieb mit 26,5% annähernd stabil. Schon seit den späten siebziger Jahren expandieren die Sozialausgaben etwa im gleichen Tempo wie die gesamte Wirtschaftsleistung, wogegen sie früher deutlich vorausgeeilt waren. Im Jahr 1978 war die Sozialquote kaum höher als 1985. Selbst die Rezession 1980 bis 1982 hat ihr Niveau nicht auf Dauer erhöht. Da die gesetzlichen Leistungsansprüche kaum reduziert wurden, spiegelt diese Entwicklung in erster Linie den weitgehenden Verzicht auf Leistungsverbesserungen, die Zurückhaltung bei Ermessensausgaben und einen gewissen Abbau freiwilliger betrieblicher Sozialleistungen.

In der Bundesrepublik Deutschland betrug die Sozialquote 1985, nach den vorläufigen Berechnungen des Sozialbudgets, 31,0%. Dort erreichte sie bereits 1975 mit 33,7% ein Maximum. (Aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen ist allerdings das Niveau der Sozialquote mit jenem in Österreich nicht vergleichbar.) Seither ist die Sozialquote in nahezu jedem Jahr gesunken, unterbrochen nur durch die Rezessionsjahre

1980/81. Seit 1983 ist der Rückgang besonders deutlich ausgeprägt; die Kürzung einiger Leistungen hat hierzu beigetragen.

Österreichs Sozialausgaben stiegen 1985 nominell um 6,1%. Die Steigerungsrate lag zwar etwas höher als im Vorjahr, da einige dämpfende Effekte — wie z. B. die Kürzung der Geburtenbeihilfe — wegfielen, gemessen am Durchschnitt der vergangenen Jahre blieb die Ausgabendynamik dennoch schwach. Hierzu haben vor allem drei Faktoren beigetragen: die allgemeine Beruhigung des Lohn- und Preisauftriebs, deren Nachwirkungen aus den letzten Jahren den Anpassungsfaktor in der Pensionsversicherung dämpften; die weitgehende Stabilisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Konjunkturerholung, die den Mehraufwand für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bremste; die allgemeine Zurückhaltung bei Ermessensausgaben und freiwilligen Sozialleistungen. Dagegen dürften die Maßnahmen in der Pensionsversicherung aufgrund der 40. ASVG-Novelle kurzfristig nur einen sehr geringen Entlastungseffekt gehabt haben. Sie werden erst auf längere Sicht voll zum Tragen kommen.

Bund in der Pensionsversicherung etwas entlastet

Die gesamten Aufwendungen des Bundes für soziale Aufgaben betrugen 1985 knapp 150 Mrd S. Gegenüber 1984 stiegen sie um knapp über 5% und damit schwächer als die Bundesausgaben insgesamt. Obwohl sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr etwas beschleunigt hat, ist für die letzten beiden Jahre doch eine deutliche Abschwächung des Ausgabenwachstums erkennbar. Dies hat vor allem zwei Ursachen: Als Folge der Konjunkturbelebung steigt die Arbeitslosigkeit nur noch langsam, was nur geringe Mehraufwendungen der Arbeitslosenversicherung erfordert. Zweitens haben Beitragssatzerhöhungen in der Pensionsversicherung einen Teil der Finanzierungslast vom Bund auf die Versicherten abgewälzt.

Übersicht 2

Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit

	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe	Arbeitslosenversicherung	Familienbeihilfen	Pensionen des Bundes	Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung	Summe
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1976	+ 15,5	+ 7,0	+ 12,3	+ 10,8	+ 10,3	1,2	7,2	7,5	10,5	26,3
1977	+ 21,6	+ 15,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 12,7	1,3	7,8	7,7	11,0	27,8
1978	+ 32,5	+ 44,5 ¹⁾	+ 11,1	- 15,6	+ 10,9 ¹⁾	1,6	10,0 ¹⁾	7,6	8,3	27,4 ¹⁾
1979	+ 19,4	+ 6,8	+ 7,2	+ 6,5	+ 7,6	1,7	9,8	7,6	8,1	27,2
1980	+ 11,0	+ 3,1	+ 6,2	- 8,3	+ 1,0	1,8	9,5	7,5	7,0	25,9
1981	+ 26,9	+ 8,3	+ 9,0	+ 11,1	+ 10,5	2,1	9,3	7,4	7,0	25,8
1982	+ 43,1	+ 7,6	+ 9,6	+ 25,9	+ 16,0	2,7	9,1	7,4	8,1	27,3
1983	+ 21,1	+ 0,8	+ 5,3	+ 30,4	+ 12,8	3,0	8,4	7,1	9,6	28,1
1984	+ 7,1	- 2,4	+ 6,1	+ 3,7	+ 2,9	3,0	7,7	7,1	9,3	27,1
1985 ²⁾	+ 7,4	+ 4,7	+ 6,8	+ 3,5	+ 5,1	3,0	7,6	7,1	9,0	26,7

Q: Bundesrechnungsabschluss — ¹⁾ Infolge Umstellung der Familienförderung mit Vorjahreswerten nicht vergleichbar — ²⁾ Bundesvoranschlag bzw. vorläufiger Gebarungserfolg

triebsmittel oder das allgemeine Preisniveau. Entgegen dieser Tendenz konnte die Land- und Forstwirtschaft 1983 und 1984 ihre Preisposition leicht verbessern. 1985 haben sich allerdings ihre Austauschrelationen trotz des geringeren Angebotes und einer deutlichen Dämpfung der allgemeinen Inflation wieder etwas verschlechtert: Die agrarischen Erzeugerpreise gaben im Durchschnitt leicht nach ($-1/2\%$). Zugeworfene Vorleistungen waren hingegen um 1%, Investitionsgüter um 2% teurer als im Vorjahr. Pflanzliche Erzeugnisse waren zwar wegen der Ernteeinbußen im Wein- und Obstbau im Durchschnitt um 9% teurer. Der Preisverfall auf dem Schweinemarkt und leichte Einbußen auf dem Rinder- und Eiermarkt drückten aber die für die Bauern viel gewichtigeren Preise für tierische Erzeugnisse im Durchschnitt um etwa $2\frac{1}{2}\%$. Auch die Holzpreise sanken ($-6\frac{1}{2}\%$).

Dem Wert nach war die *agrарische Endproduktion* (berechnet nach dem Bundeshofkonzept) mit rund 70,8 Mrd. S um 4% geringer als im Vorjahr. Im Pflanzenbau (-1%) wurden geringere Erlöse aus dem Weinbau und Hackfrüchten durch viel höhere Erträge aus dem Getreidebau weitgehend aufgewogen. Deutliche Einbußen gab es hingegen in der Tierproduktion ($-3\frac{1}{2}\%$) und in der Forstwirtschaft ($-10\frac{1}{2}\%$).

Regional disaggregiert und damit erweitert um die geschätzten Nettoverschickungen von Futtergetreide sowie von Zucht- und Nutzvieh zwischen den Bundesländern wurde ein Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft von 72,3 Mrd. S ermittelt ($-4\frac{1}{2}\%$). Berechnungen zu konstanten Preisen werden im Rahmen der regionalen Berichterstattung des Institutes nicht erstellt.

Ertragseinbußen in allen Bundesländern außer Wien

Regional entwickeln sich die agrarische Produktion und die Wertschöpfung unterschiedlich. Die Differenzen in den relativen Veränderungen von Jahr zu Jahr sind insbesondere auf Unterschiede im regionalen Erzeugungsprogramm zurückzuführen (Strukturkomponente). Im Osten des Bundesgebietes dominiert aufgrund der natürlichen Gegebenheiten die pflanzliche Erzeugung, die Holznutzung hat geringes Gewicht. In den westlichen Bundesländern ist die Waldausstattung viel besser, Ackerbau und Spezialkulturen sind hingegen von untergeordneter Bedeutung. Mit Ausnahme des Burgenlandes und Wiens hat die Tierproduktion in allen Bundesländern den höchsten Anteil am Rohertrag. Weiters ist die Struktur der Bereiche Pflanzenbau, Tierproduktion und Forstwirtschaft regional recht verschieden. Neben Unterschieden im regionalen Erzeugungsprogramm wirken verschiedene Standorteinflüsse (Standortkomponente). Sie können den Wert der agrarischen Endproduktion einer Region sowohl über abweichende Tendenzen in

der Erzeugung als auch über Unterschiede in der Preisentwicklung beeinflussen.

1985 mußte die Land- und Forstwirtschaft in allen Bundesländern (außer Wien) Ertragseinbußen hinnehmen. Für Oberösterreich wurde mit $1\frac{1}{2}\%$ die geringste Abnahme des Wertes der agrarischen Endproduktion ermittelt. In den übrigen Bundesländern wurden im Vergleich zu 1984 zwischen 3% und $6\frac{1}{2}\%$ geringere Roherträge des Sektors Land- und Forstwirtschaft festgestellt (Wien $+1/2\%$). Die Entwicklung war damit relativ einheitlich. Erhebliche Unterschiede in der bundesweiten Entwicklung einzelner Erzeugungssparten und daraus resultierende Struktureffekte wurden teils durch Standorteinflüsse gemildert, teils durch gegenläufige Tendenzen in anderen Sparten aufgewogen.

In *Niederösterreich*, dem wichtigsten Agrarland Österreichs, war der Rückschlag im Wert der agrarischen Endproduktion besonders ausgeprägt ($-5\frac{1}{2}\%$). Dies ist insbesondere auf eine Mißernte an Wein zurückzuführen. Die schweren Einbußen im Weinbau konnten durch eine sehr gute Getreideernte nur zum Teil aufgewogen werden. Auch im Kartoffel- und Feldgemüsebau waren die Erträge geringer. Zuckerrüben und Obst brachten etwa gleich hohe Einnahmen wie im Vorjahr. Auch die Tierproduktion mußte in Niederösterreich leicht überdurchschnittliche Einbußen hinnehmen, weil die Milchlieferung stärker eingeschränkt wurde als im Bundesdurchschnitt und die Viehpreise deutlicher sanken. Der Holzeinschlag wurde entgegen dem Trend leicht ausgeweitet. Auch im *Burgenland* (-3%) drückten Verluste der Weinbauern und geringere Einnahmen im Feldgemüsebau die Erträge im Pflanzenbau. Die Frostschäden waren allerdings geringer als in Niederösterreich. Die überdurchschnittlichen Einbußen in der Tierhaltung kamen wegen des geringen Gewichtes dieser Produktionssparte in dieser Region im Landesergebnis weniger zum Tragen. Die Forstwirtschaft ist im Burgenland von geringer Bedeutung. In *Wien* ($+1/2\%$) bestimmte wie üblich der dominierende Gartenbau die Entwicklung. Neben Wien hatte die *oberösterreichische* Land- und Forstwirtschaft die geringsten Einbußen zu verzeichnen. Die agrarische Endproduktion war hier um bloß $1\frac{1}{2}\%$ geringer als im Vorjahr. Maßgebend waren hierfür ein positives Ergebnis im Pflanzenbau (Getreide) und ein knapp ausgeglichenes Ergebnis in der Forstwirtschaft. Auch die Erträge aus der in Oberösterreich besonders gewichtigen Tierhaltung fielen etwas weniger zurück als in den meisten anderen Regionen, weil die Rinderproduktion viel weniger eingeschränkt wurde. Der Verfall der Schweinepreise war wegen des hohen Gewichtes dieser Sparte besonders spürbar. In der *Steiermark* (und in den westlichen Bundesländern) dominierten hohe Einbußen in der Forstwirtschaft (sinkende Preise und geringere Holznutzung) die Entwicklung.

Hoher Aufwertungseffekt für den Schilling

Mit der engen Bindung des Schillingkurses an die DM übertragen sich die Dollar-DM-Bewegungen auf die österreichische Binnenwirtschaft. Der nominelle effektive Wechselkurs des Schillings ist zwischen März 1985 und April 1986 um 9,5% gestiegen, der Vorjahresabstand betrug zuletzt (April) +8,4%. Derart hohe Zunahmen waren zuletzt an der Jahreswende 1976/77 verzeichnet worden. Berücksichtigt man, daß die Inflationsrate im Ausland (gewogen mit der Bedeutung der österreichischen Handelspartner) um etwa 2½ Prozentpunkte höher liegt als im Inland, ergibt sich für den realen effektiven Wechselkurs des Schillings immer noch ein Vorjahresabstand von etwa +6%. Dies kann als ein grobes Maß für die kurzfristige Beeinträchtigung der Wettbewerbsposition (im Außenhandel und im Reiseverkehr gemeinsam) gewertet werden.

Novelle des Kreditwesengesetzes und Sistierung der Zinsertragsteuer im Parlament

Zu den wichtigsten währungspolitisch relevanten Maßnahmen der letzten Monate gehörten die Vorbereitung der Novelle zum Kreditwesengesetz 1979 und die Sistierung der Zinsertragsteuer. Beide Gesetzesvorlagen wurden im Juni vom Parlament verabschiedet; die Zinsertragsteuer läuft zur Jahresmitte 1986 aus, die Novelle für das Kreditwesengesetz tritt mit Jahresanfang 1987 in Kraft.

Beide Änderungen werden sich auf die künftige österreichische Zinsstruktur auswirken: Die Kreditwesengesetznovelle mit ihrem Postulat der Ertragssteigerung im Bankensektor begünstigt eine Ausweitung der Zinsspanne zwischen Einlagen und Krediten; mit dem Entfallen der Zinsertragsteuer könnte die Brutto-Anlegerrendite zurückgenommen werden, ohne die Nettorendite zu verändern.

Unabhängig von diesen gesetzlichen Maßnahmen ist das österreichische Zinsniveau parallel zur internationalen Entwicklung nach unten in Bewegung geraten: Der Taggeldsatz, der im Durchschnitt des Dezembers 1985 noch 7¼% betragen hatte, sank bis Mai 1986 auf 4,9%; der Abstand zum niedrigeren deutschen Taggeldsatz verminderte sich dadurch von 2,6 auf 0,6 Prozentpunkte. Im März schloß sich allerdings die Nationalbank der deutschen Diskontsatzsenkung nicht an, um nicht neuerlich Kapitalströme in das Ausland zu lenken. Im Mai wurde die Nominalverzinsung für acht Jahre laufende Anleihen von 7¼% auf 7¼% zurückgenommen. Die Banken werden im Juli die Einlagen- und Kreditzinssätze um ¼ Prozentpunkt zurücknehmen. Noch in den ersten Monaten dieses Jahres bewegte sich das österreichische Kreditzinzniveau im Gegensatz zur internationalen Entwicklung

nach oben, weil die Banken zur Stärkung ihrer Ertragslage die Zinsspanne zu erweitern trachteten. Erstmals seit 1978 ist seither die Prime Rate in Österreich höher als in den USA.

Aktive Leistungsbilanz, Zuflüsse im langfristigen Kapitalverkehr

Die günstige Entwicklung in der Leistungsbilanz hielt im April 1986 an: Der Nettoabgang betrug 0,8 Mrd. S nach 4,7 Mrd. S im Vorjahr. In den ersten vier Monaten 1986 war der Überschuß mit 8,2 Mrd. S ebenfalls höher als vor einem Jahr (6,4 Mrd. S), obwohl das damalige Ergebnis durch die Sonderentwicklung im Transithandel (1985 +9,4 Mrd. S, 1986 +3,0 Mrd. S) überzeichnet war. Ohne Transithandel verminderte sich das Defizit in der Handelsbilanz von 25,0 Mrd. S auf 20,5 Mrd. S. Hinter diesen Daten steht eine markante Abschwächung des nominellen Import- und Exportwachstums, eine Entwicklung, die — gemessen an saisonbereinigten Daten — bereits um die Mitte des vergangenen Jahres einsetzte. Sie geht überwiegend auf die Preisdämpfung im internationalen Handel zurück. In der Dienstleistungsbilanz stieg der Überschuß von Jänner bis April 1986 im Vorjahresvergleich mäßig von 20,3 Mrd. S auf 21,5 Mrd. S, obwohl gleichzeitig der Reiseverkehrsüberschuß um 1 Mrd. S auf 19,4 Mrd. S zurückging. Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr konnten in diesem Zeitraum nur um 2,1% ausgeweitet werden, die Ausgaben der Österreicher im Ausland expandierten jedoch um 14,8%. Wettgemacht wurde dieses Ergebnis durch eine günstigere Entwicklung in der Kapitalertragsbilanz, in der sich das Defizit bei stark rückläufigen Deviseneinnahmen und -ausgaben auf 0,7 Mrd. S

Zahlungsbilanz¹⁾

	1984	1985 Jänner bis April Mill. S	1986
Handelsbilanz ²⁾	- 20 657	- 15 621	- 17 501
Dienstleistungsbilanz	+ 17 598	+ 20 344	+ 21 482
<i>davon Reiseverkehr</i>	+ 17 619	+ 20 428	+ 19 400
<i>Kapitalerträge</i> - 1 182	- 1 421	- 680
Handels- und Dienstleistungsbilanz	- 3 059	+ 4 723	+ 3 981
Nicht in Waren oder Dienste unter- teilbare Leistungen	+ 2 244	+ 1 771	+ 4 169
Bilanz der Transferleistungen + 385	- 142	+ 19
Leistungsbilanz	- 430	+ 6 352	+ 8 169
Langfristiger Kapitalverkehr	- 442	- 9 224	+ 13 341
Kurzfristiger nichtmonetärer Kapital- verkehr	+ 639	+ 657	+ 399
Kurzfristiger Kapitalverkehr der Kreditunternehmungen	- 6 901	- 15 453	- 19 230
Reserveschöpfung ³⁾	- 977	- 1 038	- 1 954
Statistische Differenz + 2 796	+ 7 993	+ 930
Veränderung der offiziellen Währungs- reserven	- 5 316	- 10 713	+ 1 659

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der nichtmonetären Goldtransaktionen Transitzugänge und Adjustierungen — ³⁾ Sonderziehungsrechte Bewertungsänderungen Monetisierung von Gold

Übersicht 1

Tourismusintensität verschiedener Länder
1984

	Ausländer- nächtigungen Pro Kopf der Bevölkerung	Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr		RCA-Werte ¹⁾
		In % des BIP	In % des BIP	
Österreich	11 49	652,35	7 64	+0 61
Belgien		168 89	2 19	-0 18
BRD	0 48	89 47	0 89	-1 02
Frankreich	2 23	138 20	1 55	+0 59
Griechenland	4 57	133 35	3 94	+1 68
Großbritannien	2 75	108 33	1 45	-0 01
Italien	1 67	150 55	2 46	+1 49
Jugoslawien	1 84	49 50		+2 54 ²⁾
Niederlande		106 55	1 25	-0 76
Portugal		93 72	4 93	+1 61 ²⁾
Spanien	4 44	201 98	4 81	+2 09
Schweden		135 19	1 19	-0 53
Schweiz	5,43	494 04	3 49	+0 34
Türkei		11 40	1 11	
Australien		76 25	0 68	+0 20
Japan		8 11	0 08	
Kanada		135 34	1 02	-0 53
USA		48 12	0 31	-0 01

Q: IMF OECD WIFO — ¹⁾ Revealed comparative advantage berechnet nach der Formel $\ln \left(\frac{X_T/M_T}{X/M} \right)$ X_T, M_T touristische Exporte bzw Importe X, M Exporte bzw Importe i w S — ²⁾ 1983; für 1984 keine Daten verfügbar

tern und Dienstleistungen, wobei die resultierende Verhältniszahl logarithmiert wurde (die entsprechende Formel ist in Übersicht 1 zu finden). Ein Wert von (logarithmiert) 0 bedeutet, daß keine komparativen Vor- oder Nachteile vorliegen, ein positiver Wert deutet auf komparative Vorteile, ein negativer Wert auf komparative Nachteile hin. Nach diesem Maßstab lag Österreich 1984 mit einem Wert von +0,61 nach Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Portugal und Italien an 6. Stelle. Da jedoch alle Länder, die 1984 vor Österreich lagen, ein deutlich niedrigeres Entwicklungsniveau aufweisen, bestätigt dies, daß Österreich innerhalb der höher entwickelten Industrieländer in bezug auf die Tourismusintensität den Spitzenplatz innehat (*Smeral, 1985A*).

Relativiert man die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr mit den Ausländernachtigungen in jedem Zielland (= Aufwand je Nachtigung), so ergibt sich für Österreich eine weniger günstige Position: Denn für die Höhe der durchschnittlichen Aufwendungen spielen die unterschiedlichen Reisemotive eine Rolle, da reine Urlaubs- und Erholungsreisen pro Nacht nicht so aufwendig sind wie Dienst- und Geschäftsreisen mit in der Regel höheren Komfortansprüchen. Zusammen mit dem Qualitätsniveau des Angebotes, der speziellen Eigenart der dadurch angesprochenen Gästeschichten und den verschiedenen Reisemotiven (Österreich hat im internationalen Vergleich einen verhältnismäßig hohen Anteil bei den weniger aufwendigen Urlaubs- und Erholungsreisen) erklärt sich daraus auch weitgehend, daß die durchschnittlichen Aufwendungen der Ausländer in Öster-

reich geringer sind als im Durchschnitt der (hier berücksichtigten) Reiseländer (*Statistisches Zentralamt, 1981, OECD, 1984, Schweizerische Gesellschaft für Marketing, 1985*). Verglichen mit den eigentlichen Ferielländern liegen die Ausgaben pro Übernachtung in Österreich 1983 um 4% — im Vergleich zu allen Reiseländern dagegen um 13% — unter dem Durchschnitt (Übersicht 2). Die Schweiz wurde wegen der

Übersicht 2

Durchschnittlicher Aufwand je Nachtigung im internationalen Reiseverkehr
1983

Zielländer	Herkunftsländer					Alle Herkunftsländer	Insgesamt	Ohne USA
	BRD	Niederlande	Großbritannien	Frankreich	USA			
Österreich	49 8	33 6	44 7	41 8	86 7	48,3	47 4	
Italien	69 1	25 9	59 4	53 3	121 0	66,3	62 4	
Spanien	53 4	47 4	43 3	50 0	62 2	48,4	47 9	
Griechenland	39 0	7 1	34 5	18 4	70 7	34,2	31 7	
Portugal	60 7	25 2	49 1	50 2	71 5	50,8	49 0	
Jugoslawien	29 0	11 6	29 0	31 5	241 8	32,5	27 8	
Ø Ferielländer	53 2	32 3	43 6	45 6	98 0	50,4	48 3	
Schweiz	92 0	191 6	61 4	134 1	78 8	103,7	106 4	
Ø Ferielländer einschließlich Schweiz	56 9	50 7	44 4	54 7	94 4	55,3	53 4	
Dänemark	101 8	25 2	61 0	70 3	108 4	87,5	85 7	
Schweden	110 9	31 7	148 0	166 6	113 2	99 1	96 9	
Niederlande	352 6		113 6	196 1	107 5	207 0	238 6	
Großbritannien	36 5	38 2		27 8	46 7	39 2	33 5	
Ø Alle Länder	59 0	48 0	46 4	47 9	66 6	55 4	54 1	

Q: Statistik der World Tourism Organisation; berechnet mit 'Expenditures' einschließlich Tagesbesuche und Transilverkehr

relativ hohen Qualität des touristischen Angebotes, die zum Teil auch Resultat eines spezifischen Dienst- und Geschäftsreiseverkehrs ist (wie etwa im Zuge der Frequentierung von internationalen Organisationen und von Dachgesellschaften multinationaler Konzerne), nicht zu den "eigentlichen" Urlaubsländern gezählt. Die Berücksichtigung der Schweiz würde den Abstand Österreichs von den durchschnittlichen Tagesausgaben der Ausländer in den Ferielländern auf 12½% erhöhen.

Entwicklung der touristischen Nachfrage

Entwicklung der touristischen Gesamtnachfrage in Österreich

Die weltweite Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der Realeinkommenszuwächse seit dem Wachstumsknick 1973 hat gemeinsam mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit und den unmittelbaren Wirkungen der beiden Erdölshocks 1973 und 1979

In dieser Aufstellung sind allerdings nicht die Emissionen chemischer Prozesse, soweit sie nicht energetische Umwandlungstechnologien darstellen, enthalten, ebensowenig eine Reihe anderer Schadstoffe, wie z. B. Schwermetallemissionen. Dennoch zeigt schon diese Statistik, daß wichtigen Bereichen der Industrie eine bedeutende Rolle beim gesamten Umweltproblem zukommt.

Wasserverschmutzung

Im Bereich Wasser wird für 1980 geschätzt, daß 74% der anfallenden Schmutzfracht von 29 Mill. EGW (Einwohnergleichwerten) auf die industrielle und gewerbliche Produktion entfallen (*Beirat*, 1986, S. 17). Darin sind also die von der Landwirtschaft, vom Verkehr, aber auch die von der Ansäuerung der Niederschläge durch Luftverschmutzung verursachten Wasserverunreinigungen nicht mitgerechnet.

Der Wasserverbrauch der Industrie betrug 1982 (im letztverfügbaren Jahr) rund 1,4 Mrd. m³ und war damit gleich hoch wie im Jahr 1973.

Rund 4 500 (rund drei Viertel aller) Industriebetriebe leiten ihre zum Großteil nur geringfügig verschmutzten Abwässer in das öffentliche Kanalnetz, davon rund 1.000 nach Vorbehandlung. Von jenen 1.100 Betrieben, die direkt in die Vorfluter einleiten, führten 1980 500 keine Vorbehandlung durch. Allerdings wurde 1980 erst ungefähr ein Drittel der produktionsbedingten Wasserverschmutzung durch Kläranlagen aufgefangen. In den Jahren seit dieser Erhebung hat sich jedoch die Situation der industriellen Abwässer erheblich gebessert, wie die Aufwendungen der Industrie und die Daten des Wasserwirtschaftsfonds vermuten lassen. Dennoch bleibt hier zweifellos noch einiges zu tun.

Laut Aussage des Beirats ist es insgesamt gelungen, durch laufende abwassertechnische Maßnahmen den Gütezustand der österreichischen fließenden Gewässer im allgemeinen zu erhalten, d. h. im Grund die ständig steigende Belastung der Gewässer zu kompensieren, die durch Kapazitätserweiterungen im Produktionsbereich entstanden ist. Dabei sind natürlich regional Verschlechterungen und Verbesserungen zu beobachten, die jedoch einander insgesamt kompensieren dürften (*Beirat*, 1986, S. 18). Dagegen hat sich die Wassergüte der österreichischen Seen erheblich verbessert. Deren Verschmutzung wurde aber fast ausschließlich durch kommunale Abwässer verursacht. Der zunehmenden Bedeutung von Reinigungsmaßnahmen für fließende Gewässer entsprechend wurden ab 1970 die Förderinstrumente des Wasserwirtschaftsfonds auch auf betriebliche Abwasserreinigungsmaßnahmen ausgeweitet. Dennoch blieb dieses Instrument bisher hauptsächlich kommunalen Abwassermaßnahmen vorbehalten (*Bayer — Onz — Puwein*, 1986).

Abfall

Auch im Bereich Abfall spielt die Industrie eine wichtige Rolle. Hier handelt es sich einerseits um Sonderabfälle, die im Zuge der Produktionsprozesse anfallen und deren fachgerechte Entsorgung in Österreich noch nicht gelöst ist, andererseits um gefährliche Sonderabfälle, für die noch keine geeigneten Entsorgungseinrichtungen bestehen. Zur Zeit wird ein Teil dieser Abfälle exportiert (hauptsächlich in die DDR). Ein besonderes Problem bildet der Bereich Chemikalien, der in Österreich noch seiner Regelung harret. Derzeit wird ein Chemikaliengesetz ausgearbeitet, dessen Fertigstellung wird aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Innerhalb und zwischen Unternehmungen hat sich in den letzten Jahren das Recycling von Altstoffen durch organisatorische und technische Maßnahmen zu einem bedeutenden Faktor entwickelt. Dadurch wird das Aufkommen an Abfallstoffen und in weiterer Folge die Umweltbelastung verringert. Hier zeigt sich eine enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlichem und ökologischem Interesse. Langfristig gehört das Abfallentsorgungsproblem zu den brisantesten Umweltproblemen. Es besteht noch ein großer Bedarf an Maßnahmen der öffentlichen Hand.

Überblick über die Emissionssituation

Eine globale Übersicht kann natürlich nicht die regionalen und lokalen Emissions- und Immissionssituationen beschreiben: So ist etwa im Großraum Linz, im Raum Donawitz, im Raum Ranshofen, um nur einige der belasteten Gebiete zu nennen, der Anteil der Industrie an den Gesamtemissionen bedeutend höher als im Österreich-Durchschnitt. Damit ist in diesen Gebieten die Umweltsituation ganz anders einzuschätzen.

Gerade die lokalen Emissionssituationen haben in den letzten Jahren zunehmend Anlaß zur Kritik gegeben. Das geht einerseits auf immer stärkere, für immer größere Bevölkerungskreise sicht- und spürbare Umweltbelastungen zurück, andererseits auf ein allgemein gestiegenes Umweltbewußtsein, wie es schon vorher in höher entwickelten Ländern festgestellt werden konnte (z. B. USA, Schweiz, Skandinavien, BRD), aber auch in Ländern, in denen es infolge einer sehr dynamischen Industrialisierung zu Umweltproblemen kam (etwa Japan). Dieses Umweltbewußtsein wächst oft noch weiter, auch wenn Umweltmaßnahmen getroffen wurden und die Emissionsmengen bereits zurückgingen. Aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit hat die Umweltpolitik in den letzten Jahren ihre Anstrengungen verstärkt. Dabei trifft sie innerhalb der Industrie in zunehmendem Maß auf eine Bereitschaft, selbst (aus ökonomischem, aber auch aus gesellschaftspolitischem oder ökologischem In-

Golddukat und Goldkronen in der Außenhandelsstatistik

Gliederungsschema	Position	Bezeichnung	Exportwert	
			1985	1986 1 Hj
Handelsstatistische Nummer	7113 602 ¹⁾	Gold- und Silberschmiedearbeiten aus anderen Metallen	1 816	
Handelsstatistische Nummer	7113 60 ²⁾	(als Silber)	1 827	2 705
SITC	897.32 ²⁾	Juwelierwaren aus Edelmetallen Schmiedearbeiten	1.831	2 708
SITC	897 ²⁾	Juwelierwaren	2 837	3 215

¹⁾ Golddukat einschließlich anderer Goldschmiedearbeiten in sehr geringem Wert — ²⁾ Enthält auch andere Waren

braucht sich keineswegs nur auf Golddukat zu stützen. Grundsätzlich wären hierfür viele kleine hochwertige Güter (vor allem solche, die dem höchsten Mehrwertsteuersatz unterliegen) und auch manche Dienstleistungen (Software) geeignet. Die Überprüfung der Exportentwicklung bei einigen in Frage kommenden Positionen (Schmuckwaren, Platin, Gold, Diamanten, Briefmarken) ergab aber keine volkswirtschaftlich relevanten Verdachtsmomente, da die Exporte dieser Waren dem Wert nach gering bzw. die Exportsteigerungen niedrig waren.

Für illegale Transaktionen nicht geeignet sind gültige ausländische Goldmünzen (z. B. Kruger-Rand), da sie nicht der Mehrwertsteuer unterliegen. Statistisch eine Sonderstellung kommt den (mehrwertsteuerpflichtigen) österreichischen Goldkronen zu, die als nicht mehr im Umlauf befindliche Münzen gelten³⁾. Sie werden in der üblichen Außenhandelsstatistik nicht ausgewiesen, da das internationale Warenschema Standard International Trade Classification (SITC) dafür keine Position vorsieht. In der österreichischen Zahlungsbilanz sind sie aber in der Handelsbilanz als "Goldverkehr ausgenommen Währungsgold" enthalten⁴⁾. Nach den verfügbaren Informationen dürften mit Goldkronen keine (bedeutenden) illegalen Transaktionen durchgeführt worden sein, doch es wurden versehentlich Golddukat im Export als Goldkronen tarifiert.

Golddukat fallen in die Zolltarifposition 7113 "Gold- und Silberschmiedearbeiten sowie deren Teile, aus Edelmetallen und Edelmetallplattierungen"⁵⁾ und zwar in den nicht publizierten handelsstatistischen Sieben-

steller 7113 602, der mit anderen Positionen unter dem Sechssteller 7113.60 veröffentlicht wird.

Für Wirtschaftsanalysen wird in der Regel die Warengliederung SITC verwendet. Hier fallen Golddukat in den Fünfsteller 897.32 (Bezeichnung "Juwelierwaren aus Edelmetallen, Schmiedearbeiten"), gemeinsam mit Schmiedearbeiten aus Edelmetallplattierungen, deren Exporte aber sehr gering sind. Nähere Details können dem Kasten entnommen werden.

Im folgenden wird überwiegend auf Golddukat in der Abgrenzung der SITC-Position 897.32, die — wie erwähnt — in geringem Umfang auch andere Schmiedewaren enthält, Bezug genommen.

Auswirkungen auf den Export

Golddukat stellen in Österreich traditionell eine wichtige Exportposition dar: Es ist anzunehmen, daß bis 1984 ein großer Teil dieser Exporte legal abgewickelt wurde⁶⁾. Sie betragen 1983 und 1984 rund 1 Mrd. S jährlich, 1985 1,8 Mrd. S, im 1. Halbjahr 1986 allein 2,7 Mrd. S. Der kräftige Anstieg der Exporte begann im Frühjahr 1985. Nach einer kurzen Unterbrechung zu Jahresende 1985 setzte sich der Dukatenexport seit Jahresbeginn 1986 verstärkt fort und erreichte allein im Juni den Wert von 750 Mill. S. Da der Anteil der legalen und illegalen Transaktionen nicht bekannt ist, kann eine statistische Bereinigung nur mit Hilfe einer völligen Eliminierung aller Golddukatexporte aus der Außenhandelsstatistik erfolgen⁷⁾.

³⁾ Sie werden gemeinsam mit "Münzen, nicht aus Gold" der Zolltarifnummer 7201 zugeordnet.

⁴⁾ Genaugenommen sind in der Publikation des Österreichischen Statistischen Zentralamtes "Der Außenhandel Österreichs", Serie 1A, die Exporte von Goldkronen im einzelnen enthalten, in der Gesamtsumme des Außenhandels aber nicht ausgewiesen.

⁵⁾ Und zwar in die Gruppe B.2: "Aus Gold oder Goldplattierungen, andere als mit echten Diamanten oder echten Perlen", wo sie (neben "Gegenständen für Kultzwecke der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften") u. a. namentlich aufgeführt sind.

⁶⁾ Insbesondere die Exporte im Vormerkverkehr dürften legal gewesen sein (mit Hilfe des Vormerkverkehrs kann der Exporteur die — vorübergehende — Entrichtung der Mehrwertsteuer für das eingeführte Gold vermeiden). Die Exporte von Golddukat (handelsstatistische Nummer 7113.60) im Vormerkverkehr betragen 1983 535 Mill. S., 1984 481 Mill. S., 1985 254 Mill. S., im 1. Halbjahr 1986 315 Mill. S.

⁷⁾ Wenn die legalen Transaktionen sanken (wofür es anhand des Vormerkverkehrs Anhaltspunkte gibt), wären die negativen Auswirkungen der illegalen Transaktionen auf die Exportdynamik größer als oben ausgewiesen.

ten. Den "Dienstleistungssektor" der Wirtschaft bilden die der geltenden Auffassung der Dienstleistungen entsprechenden privaten (marktmäßigen) Tätigkeiten der Betriebe⁷⁾ und unentgeltlich verteilte (nicht marktmäßige) öffentliche Tätigkeiten. Für diese institutionelle Abgrenzung des Dienstleistungssektors sind Daten vorhanden, nicht aber für die Dienstleistungen als "Dienstleistungsgüter" (mit Ausnahme der Input-Output-Tabelle 1976). Die in den warenproduzierenden Betrieben "versteckten" Dienstleistungstätigkeiten oder in den Haushalten in Eigenleistung erbrachten Dienstleistungen gehören nicht zum Dienstleistungssektor. In der Literatur werden auch "Dienste der Arbeit" oder "Dienste des Kapitals"⁸⁾ erwähnt. Sie sind keine Transaktionen zwischen Wirtschaftseinheiten, die Änderungen hervorrufen, und können dem Dienstleistungssektor nicht zugeordnet werden.

Wächst der Dienstleistungssektor?

Statistische Daten zeigen, daß der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtproduktion im Laufe der Wirtschaftsentwicklung steigt. Hauptursachen dieser Tendenz sind die *Intensivierung der Arbeitsteilung* (als Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung) und — paradoxerweise — einige Eigenschaften der *Methodologie der Wirtschaftsstatistik*, die nicht immer richtig verstanden und interpretiert werden und Ursache falscher Vorstellungen über den Dienstleistungssektor sein können.

Direkte Wirkung der Arbeitsteilung auf die Expansion des Dienstleistungssektors

Die Intensivierung der Arbeitsteilung⁹⁾ begann vor etwa zweihundert Jahren mit der Industrialisierung in

Westeuropa. Ein wichtiger Impuls war die Zunahme des naturwissenschaftlichen, technologischen, ökonomischen und sozialen Wissens. Um es bewältigen und nützen zu können, wurde es zwischen immer mehr Leuten verteilt. Die Koordinierung der Verwendung des in kleine Teile zerlegten und breit verstreuten Wissens in der Produktion (*Skolka*, 1985A) nahm zwei Formen an (die schon in der vorindustriellen Wirtschaft in bescheidenem Ausmaß existierten). Die eine war die Koordinierung selbständiger Erzeuger (Firmen) auf dem *Markt*, die andere die Koordinierung unselbständiger Erzeuger in der innerbetrieblichen "Befehlswirtschaft" ("command economy" — *Hicks*, 1969)¹⁰⁾. Die Wirkungsbereiche beider Formen — in der Marktwirtschaft bestimmen die Preise, in der Befehlswirtschaft Anweisungen (Befehle) die Allokation der Ressourcen (*Coase*, 1937) — verschoben sich im Laufe der Wirtschaftsentwicklung. Mit wachsender Größe des Marktes (*Smith*, 1776) wurde die Arbeitsteilung innerhalb der Firmen vertieft. Gleichzeitig wurden Phasen der Herstellungsprozesse — Erzeugung von Produktteilen oder gewisse Dienstleistungen — aus der innerbetrieblichen Befehlswirtschaft in spezialisierte Betriebe verschoben, die für den Markt produzierten. Dadurch wurde die Rolle des Marktes als Koordinierungsinstrument der Produktion verstärkt¹¹⁾. Die *Externalisierung* von Teiloperationen aus den Firmen und die tiefere Arbeitsteilung innerhalb der Firmen halfen die Transaktionskosten zu senken (vorwiegend dank den steigenden Skalenerträgen — *Stigler*, 1951). In diesem Pendeln (bzw. in dieser "gesunden Spannung") zwischen "Märkten und Hierarchien" (*Williamson*, 1975, 1981) sind ständig neue Dienstleistungsbetriebe entstanden. Weitere Impulse dazu gab der industrielle Produktzyklus: In der Diffusionsphase neuer Produkte werden externe Dienstleistungen gebraucht (*Guille*, 1986). Die Intensivierung der Arbeitsteilung verlief zuerst vorwiegend innerhalb einzelner Volkswirtschaften. In den fünfziger Jahren, mit der Liberalisierung des Welthandels (und mit dem Rückgang der Transport- und Kommunikationskosten) hat die Arbeitsteilung die nationalen Grenzen überschritten. Die Industrieproduktion wurde internationalisiert; halbfertige Waren waren in den sechziger Jahren die am schnellsten wachsende Komponente des Welthandels (*Borner*, 1981,

⁷⁾ Betrieb ist die Einheit der österreichischen Statistik. Die Einheit der angelsächsischen Statistik — "establishment" — kann unter Umständen kleiner sein. Dieser Unterschied beeinträchtigt auch die internationale Vergleichbarkeit der Größe des Dienstleistungssektors.

⁸⁾ Die Dienstleistungen "services of labour" und "services of capital" werden oft für Komponenten des Dienstleistungsaußenhandels gehalten. Eine genaue Abgrenzung dieses Handels ist noch offen, man neigt jedoch dazu, diese "Dienste" nicht dem Dienstleistungsaußenhandel zuzuzählen. Einen Überblick über die nationalen Auffassungen dieses Handels enthält die Zusammenfassung der Diskussion im Rahmen des GATT (*GATT*, 1985).

⁹⁾ Die Intensivierung der Arbeitsteilung ist ein autonomer, selbsttragender, kumulativer Prozeß, für dessen Beschreibung sich das Paradigma der Naturwissenschaften über die "Selbstorganisation" (*Jantsch*, 1980) eignen würde. Große Ökonomen der Vergangenheit haben es implizit verwendet: "Adam Smith's dictum amounts to the theorem that the division of labour depends to a large degree upon the division of labour" (*Young*, 1928).

¹⁰⁾ Eine andere Erklärung der innerbetrieblichen Befehlswirtschaft betont Qualifikationsunterschiede und die Notwendigkeit der Leistungsbewertung und Kontrolle (*Alchian — Demsetz*, 1972).

¹¹⁾ Bei zwei großen Abweichungen von dieser Tendenz im 20. Jahrhundert versuchte man, den Markt auszuschalten und die Volkswirtschaft mit Anweisungen zu lenken. Die eine war die Errichtung der zentralen Planwirtschaft in Rußland nach dem Prinzip "Eine Nation — Eine Fabrik" (*Kautsky*, 1910, *Lenin*, 1917), die andere die kurzlebige Errichtung der "Verwaltungswirtschaft" im nationalsozialistischen Deutschland (*Eucken*, 1948).

- von der Rechtslage her, weil nach dem KWG und nach Sondergesetzen neben den Universalbanken auch Spezialbanken zugelassen sind;
- von der tatsächlichen Geschäftsstruktur her, weil in vielen Banken die historisch gewachsene Kundenstruktur über einen (erst wenige Jahre alten) Universalbankenstatus dominiert.

Als Spezialbanken sollen hier etwas locker jene Kreditunternehmungen bezeichnet werden, die für einen besonderen Zweck errichtet wurden, nur über eine eingeschränkte Bankkonzession verfügen oder tatsächlich nicht alle charakteristischen Bankgeschäfte ausüben.

Die Errichtung für einen besonderen Zweck mag in der Vergangenheit eine wesentliche Rolle gespielt haben, doch wird man heute beispielsweise die Sparkassen, die gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften und selbst die Hypothekenbanken nicht mehr als Spezialbanken einstufen können: Sie bieten durchwegs eine umfassende Palette an Bankdienstleistungen an. Einen Grenzfall bilden eventuell die Hypothekenbanken, deren Geschäftsstruktur derzeit noch wenig diversifiziert ist.

Die eingeschränkte Bankkonzession ist das wichtigste Kriterium einer Spezialbank. Im Sinne von *Haschek* (1983) lassen sich folgende Gruppen von Kreditunternehmungen mit Sonderaufgaben als "Spezialbanken" bezeichnen:

- Bausparkassen,
- Institute zur Exportfinanzierung (z. B. Oesterreichische Kontrollbank AG, Österreichischer Exportfonds),
- Institute zur Investitions- und Kommunalfinanzierung (z. B. Österreichische Investitionskredit AG, Österreichische Kommunalkredit AG),
- sonstige Spezialbanken (z. B. die Factorbanken).

Es handelt sich bei diesen Instituten überwiegend um Banken, die Geschäfte auf der Basis staatlicher Ausfallhaftungen oder Förderungen abwickeln.

Seit der Verankerung des Universalbankenprinzips in der Novelle 1979 zum Kreditwesengesetz (KWG 79) ist es immer wieder zu Diskussionen über den optimalen Liberalisierungsgrad des Bankensektors gekommen. Die Marktanteilkämpfe unter den Banken, die Zunahme externer Risiken und die unzureichende Kapitalbasis der Kreditunternehmungen ließen die Krisenanfälligkeit im österreichischen Bankensektor steigen. Zwei mögliche Auswege aus dieser Situation wären denkbar gewesen: entweder die durch das KWG 79 eingetretene Liberalisierung rückgängig zu machen oder die Fähigkeit der Banken zu stärken, Risikofälle aus eigener Kraft zu bewältigen. Die im März 1985 zwischen den Kreditunternehmungen geschlossenen "Ordnungspolitischen Vereinbarungen" gingen noch den ersten Weg, das KWG 86 beschreitet den zuletzt genannten Weg.

Hohe Bankstellendichte mit Konzentration auf wenige Institutsgruppen

Ein zweites wichtiges Strukturmerkmal des österreichischen Kreditwesens — neben dem weitgehenden Universalbankencharakter — ist die große Zahl an Bankstellen, die lokal zu einer Überversorgung mit Bankdienstleistungen geführt hat. Darauf wird später noch näher einzugehen sein.

Das gesamte Bankwesen ist auf einige wenige Sektoren konzentriert. Sie werden entweder durch Großbanken oder Spitzeninstitute repräsentiert, die jeweils mit einer Gruppe von kleineren Banken (meist auf regionaler oder lokaler Ebene) entweder in Form von Beteiligungen (insbesondere die Aktienbanken) oder über sektorale Kooperation verbunden sind. Entsprechend ist der gesamte Bankensektor in Interessengruppen gegliedert, die sich insbesondere aus den folgenden Sektoren zusammensetzen:

- Aktienbanken und Bankiers,
- Sparkassen,
- Landeshypothekenbanken,
- Raiffeisenbanken,
- Volksbanken,
- Bausparkassen,
- Sonderkreditunternehmungen

In dieser Gliederung ist die Österreichische Postsparkasse den Sonderkreditunternehmungen zugeordnet, wenn sie auch ökonomisch weitgehend als Universalbank anzusprechen ist. Kreditunternehmungen, die mit Sonderfinanzierungsaufgaben befaßt sind (einschließlich der Bausparkassen), genießen eine Sonderstellung insbesondere in den Bestimmungen über die Liquiditätshaltung, indem sie für ihre Einlagen keine Mindestreserven bei der Notenbank zu halten haben.

Die übrigen Kreditunternehmungen (einschließlich der Österreichischen Postsparkasse) sind in unterschiedlicher Weise zur Haltung von Liquiditätsreserven (§ 14 KWG 86) bzw. Mindestreserven (§ 43 Nationalbankgesetz) verpflichtet. Zu unterscheiden sind die einstufigen von den mehrstufigen Sektoren. Zu den erstgenannten zählen die Aktienbanken und Bankiers, die Hypothekenbanken und die Österreichische Postsparkasse. Sie halten ihre Mindestreserven entweder auf Girokonten bei der Oesterreichischen Nationalbank oder auf Scheckkonten bei der Österreichischen Postsparkasse (die Postsparkasse nur bei der Nationalbank oder in Form von Bundeschatzscheinen, die nach § 41 des Nationalbankgesetzes eskontfähig sein müssen).

Die ursprünglich nicht nach dem Universalbankenprinzip organisierten Sektoren der Sparkassen sowie der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften (Raiffeisenbanken und Volksbanken) errichteten Zentralinstitute mit Universalbankencharakter, über die der Zugang zu früher nicht abgedeckten Ge-

nachfrage stärker als bisher prognostiziert. Dazu trug vor allem die private Konsumnachfrage bei. In Japan expandierten dagegen alle Inlandsnachfragekomponenten (mit Ausnahme des öffentlichen Konsums) schwächer als ursprünglich angenommen worden war. Ungefähr zwei Drittel des Rückgangs der OECD-Nettoexporte in die Nicht-OECD-Länder resultieren aus dem Rückgang der Exporte in die OPEC-Länder. Die OECD-Importe aus Nicht-OECD-Ländern (speziell Erdölimporte) sind stark gestiegen und erklären das restliche Drittel.

Das markanteste Ereignis dieses Jahres ist das Nachlassen der Inflation. Der "umgekehrte Erdölpreisschock 1986" hat sich am deutlichsten und raschesten in den Preisen der Industrieländer niedergeschlagen. Die Inflationsrate (Verbraucherpreise) sank bis zum Herbst 1986 in der OECD insgesamt auf 2 1/2% (in Europa auf 4%). Der BNP-Deflator (der die heuer starken Terms-of-Trade-Schwankungen ausschaltet) der OECD insgesamt dürfte heuer um 3 3/4% steigen.

Obwohl sich die realen Nettoexporte schwächer als erwartet entwickelten, haben sich die Leistungsbilanzen in den "Überschußländern" BRD und Japan weiter verbessert. Dazu trug vor allem die Verbesserung der Terms of Trade (Erdölpreisverfall, schwache Entwicklung der Rohwarenpreise, Dollarabwertung) bei. In den USA allerdings hat sich das Defizit in der Leistungsbilanz weiter vergrößert. Allerdings dürfte der "J-Kurven-Effekt" bereits seinen Tiefpunkt erreicht haben. Danach müßte sich die Leistungsbilanzposition wieder bessern.

Die "konsolidierte" Volkswirtschaft der OECD dürfte gegenwärtig mit einer BNP-Rate von ungefähr 2 1/2% bis 3% wachsen. Die Entwicklung in den USA dürfte etwa dem OECD-Durchschnitt entsprechen. In Europa liegt gegenwärtig das BNP-Wachstum darüber, in Japan etwas darunter. Die für das 2. Halbjahr 1986 in den USA und in Japan erwartete leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sollen vor

allem kleiner werdende negative Netto-Exportbeiträge bzw. Außenbeiträge bewirken. Während sich das Wachstum der Inlandsnachfrage in den USA zu verlangsamen beginnt, dürfte es sich in Europa im 2. Halbjahr 1986 deutlich beschleunigen. Nach wie vor wird die lebhaftere Inlandsnachfrage von weiter positiv wirkenden Realeinkommenseffekten gestützt.

Abbildung 2

Industrieproduktion und Leading Indicators
Saisonbereinigt, 1980 = 100

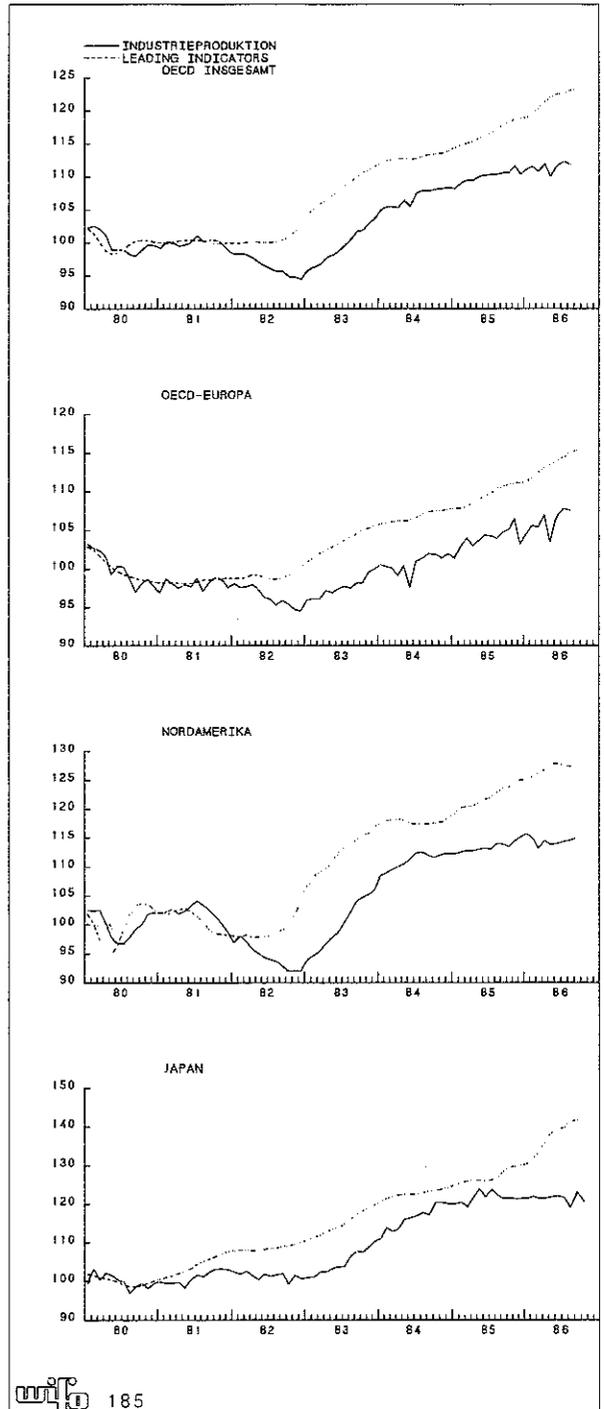


Abbildung 1

"Zusammenhang" von Erdölpreis und Dollarwechselkurs
1972 = 100

